

Erster Teil: Der christliche Sozialismus und die CDU der britischen Zone 1945–1947

I. Der Köln-Walberberger Kreis

1. Eberhard Weltys Schrift „Was nun?“ und die Gründung der CDU

Die Verbindung zwischen den Dominikanern, ihrer Sozialtheorie und den ehemaligen christlichen Gewerkschaftern, die für die CDU-Gründung und Programmatik „von geistig bestimmender Bedeutung“¹ war, reicht zurück bis ins Jahr 1941. Damals wandten sich führende Vertreter der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands aus dem Kettelerhaus in Köln, der Schriftleiter des Verbandsorgans „Ketteler-Wacht“, Nikolaus Groß, und der Arbeitersekretär Heinrich Körner an den Provinzial der norddeutschen Dominikanerprovinz Teutonia im Kloster Walberberg bei Köln, P. Laurentius Siemer, mit der Bitte, mit den katholischen Arbeitervertretern Konferenzen über die christliche Staats- und Gesellschaftsordnung zu halten. „Es würde“, so begründeten sie ihre Bitte, „über kurz oder lang der Zusammenbruch des Dritten Reiches kommen, und dann möchten sie wissen, welche ethischen Grundsätze sie ihren Arbeiten zu unterlegen hätten“².

Siemer willigte ein, und so tagte unter seiner Leitung in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen im Kölner Kettelerhaus eine Gruppe ehemaliger Arbeiterführer bzw. christlicher Gewerkschafter. Zu ihr gehörten neben Groß und Körner auch Johannes Albers, Willi Elfes, Karl Arnold, Andreas Hermes und Heribert Scheeben. Aus Berlin nahmen mehrmals auch Jakob Kaiser und Bernhard Letterhaus teil. Je einmal waren auch P. Delp und Carl Goerdeler, zentrale Persönlichkeiten des Widerstands gegen Hitler, anwesend³. Außer zu Berlin pflegte die Kölner Gruppe auch Beziehungen zu Widerstandskämpfern in München, so zu dem Rechtsanwalt Josef Müller. Weitere

¹ Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969, S. 38.

² Laurentius Siemer, Aufzeichnungen und Briefe, Frankfurt 1957, S. 125. Pater Siemer wurde am 8. März 1888 in Elisabethfehn in Oldenburg geboren. Nach dem Eintritt in den Dominikanerorden studierte Siemer Philosophie und Theologie, nach seiner Priesterweihe 1914 noch Germanistik und Geschichte; er war mehrere Jahre Studienrat; von 1932 bis 1946 war er Provinzial der norddeutschen Ordensprovinz, dann Kommentator im Rundfunk und Fernsehen; er starb am 21. Oktober 1956. – Der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident und Justizminister, Rudolf Amelunxen, vergleicht den Dominikaner, der weit über die rheinische Domstadt hinaus als „geheimer Bischof von Köln“ gegolten habe, aufgrund seines politisch-gesellschaftlichen und vor allem seines unkonventionellen pastoral-caritativen Engagements mit dem Berliner Großstadt-Seelsorger Carl Sonnenschein. Vgl. Rudolf Amelunxen, Kleines Panoptikum, Essen 1957, S. 109.

³ Ebd., S. 126.

Kontakte unterhielt die Gruppe vornehmlich über P. Siemer auch zu dem früheren sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Leuschner, zu Josef Wirmer und zu dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Habermann. Querverbindungen bestanden auch zu Eugen Gerstenmaier, Klaus Dietrich Bonhoeffer sowie zu Generälen und Mitgliedern der Spionage-Abwehr⁴.

Durch diese Beziehungen und durch den Gegenstand ihrer Erörterungen, die neue Gesellschaftsordnung nach dem Ende der Hitler-Herrschaft, war die Kölner Gruppe selbst zur Widerstandsgruppe geworden und mußte äußerste Vorsicht walten lassen. Ihre Arbeit vollzog sich in Form von Kolloquien. Da Siemer kein Fachmann war, zog er P. Eberhard Welty hinzu, der an der Ordenshochschule der Dominikaner in Walberberg Professor für Sozialethik war. Welty, der den Tagungen wegen der drohenden Gefahren von Seiten der Gestapo fernblieb, erstellte für den Kreis Referate. Diese las P. Siemer vor und reichte sie, mit Anmerkungen und Fragen der Gesprächsgruppe versehen, an seinen Confrater zurück. Nur einmal, beim letzten Treffen im Juni 1944 – der Kreis tagte inzwischen wegen der Zerstörung des Kettelerhauses in der Privatwohnung von Nikolaus Groß –, vertrat Welty seinen Confrater P. Siemer, der wegen Verfolgung durch die Geheime Staatspolizei schon untergetaucht war⁵. Den Extrakt der im Kölner Kreis diskutierten politischen und sozialen Ordnungsgrundsätze bildeten die Abhandlungen Weltys, die durch die ehemaligen Gewerkschafter mitgeprägt wurden und als deren Mitverfasser sich diese bezeichneten.

Der 20. Juli 1944 brachte das jähe Ende des Kölner Kreises. Otto Müller, Bernhard Letterhaus und Nikolaus Groß wurden vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet, Johannes Albers und Heinrich Körner wurden zu Zuchthausstrafen verurteilt, Körner wurde von einem deutschen Soldaten an der Seite Albers' in dem noch umkämpften Berlin erschossen. Andreas Hermes' Todesurteil wurde durch glückliche Umstände nicht vollstreckt; Jakob Kaiser versteckte sich in Berlin und überlebte ebenso wie Hermes den Zusammenbruch⁶. Die Mitarbeit Weltys in der Kölner Widerstandsgruppe blieb unentdeckt, so daß er unbehelligt blieb⁷.

Die sozialphilosophisch-theologischen und praktisch-politischen Ideen des Widerstandskreises faßte Welty zusammen. Seine Referate sind die einzigen Aufzeichnungen

⁴ Bericht P. Siemers, Walberberg, vom 16. Juni 1945. CDU – Landesverband Rheinland, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (künftig HStAD), RWV 26 – 1027.

⁵ Brief von Welty an Schwering, vom 11. 1. 1962. HASTK 1193 – 296.

⁶ Siemer, Aufzeichnungen, S. 128.

⁷ Eberhard Welty wurde am 15. September 1902 in Anholt (Westfalen) geboren. Nach dem Eintritt in den Dominikanerorden im Jahre 1922 studierte er Philosophie und Theologie, nach der Priesterweihe 1929 noch Volkswirtschaft und Soziologie. Er promovierte bei Leopold von Wiese 1934 in Köln. Bis zu seinem Tode am 2. Juni 1965 war er am Generalstudium der Dominikaner, der Albertus-Magnus-Akademie in Walberberg, Dozent für Sozialethik und Moralthologie. Welty war Mitbegründer und Hauptschriftleiter der 1946 gegründeten Zeitschrift „Die neue Ordnung“, dem Organ der „Walberberger Bewegung“, sowie Mitbegründer und erster Vorsitzender des 1951 gegründeten „Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e. V.“. Außerdem gehörte Welty zum Schriftleiterkollegium der von der Albertus-Magnus-Akademie Walberberg herausgegebenen deutsch-lateinischen Ausgabe der Summa theologia des Thomas von Aquin.

gen der Gruppe⁸. Der Kreis verfolgte eine „doppelte Absicht“ mit der dem Dominikaner „aufgetragenen Ausarbeitung“ (Welty): Zum einen sollte sie „die soziolethisch-staatpolitischen Grundlagen für das 4. Reich“ enthalten, zum anderen war die Arbeit „als Vorlage eines Hirtenbriefes gedacht . . . , den die Herren Groß, Letterhaus, Kaiser usw. den deutschen Bischöfen nach Kriegsende überreichen wollten“.

Nach dem Attentat auf Hitler mußte das Manuskript versteckt werden. Unmittelbar nach Kriegsende ließ Welty seine Aufzeichnungen mit dem Titel „Was nun?“ als Broschüre in 2000 Exemplaren drucken. Sie trug den Untertitel: „Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum“⁹. Nun drohte dem Verfasser wegen seiner Arbeit wiederum Gefahr, diesmal jedoch von den neuen Machthabern: Der amerikanische Geheimdienst verhörte Welty mehrfach über Herkunft und Absicht der Schrift, weil der Dominikaner sie ohne Genehmigung der Militärbehörden drucken ließ. Sie wollten Welty zunächst inhaftieren, beließen es jedoch dann bei einem „scharfen Verweis“¹⁰.

Die Gründung der ersten überkonfessionellen Partei auf christlich-sozialer bzw. christlich-demokratischer Grundlage in Deutschland erfolgte am 16. Juni 1945 in der Privatwohnung von Andreas Hermes in Berlin-Westend, von dem auch die Initiative ausging und der zum ersten Vorsitzenden bestimmt wurde. Neben Hermes war auch Jakob Kaiser aus dem Widerstandskreis führend beteiligt. Kaisers parteipolitisches Konzept lag im Sommer 1945 noch nicht so eindeutig fest wie seine gewerkschaftlich-sozialpolitischen Überlegungen¹¹, die wesentlich sozialreformerischer als die von Hermes waren¹², doch verband Hermes und Kaiser die parteipolitische Tradition des Essener Programms von 1920, die sich als eindeutige Absage an die Wiederbegründung des Zentrums verstand¹³.

Die erste Konferenz christlich-demokratischer Politiker im Westen fand einen Tag später – am 17. Juni 1945 – im Kolpinghaus zu Köln statt, ohne daß dieser Gründerkreis von der Berliner Aktion etwas wußte. Diese Zusammenkunft erfolgte auf Initiative des sog. Aktionskomitees des Köln-Walberberger Kreises. Zu ihm gehörten der Leiter des Volksvereins für das katholische Deutschland (Gruppe Köln) und ehemalige preußische Landtagsabgeordnete (Zentrum), Dr. Leo Schwering, der ehemalige Se-

⁸ Brief von Welty an Schwering, vom 6. 2. 1962. HASTK, 1193 – 296.

⁹ Lenins erste politische Schrift aus dem Jahre 1902 trug den Titel „Was tun?“. – Welty erweiterte seine Arbeit „Was nun?“ unmittelbar nach Kriegsende zu dem Buch „Die Entscheidung in die Zukunft“. Wie seine Vorlage trägt es den Untertitel „Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum“. Erschienen 1946 im Verlag Balduin Pick, Köln, und im Verlag F. H. Kerle, Heidelberg. Zitiert wird nach der Ausgabe des Pick-Verlags.

¹⁰ Welty, Brief an Schwering vom 6. 2. 1962. HASTK 1193 – 296.

¹¹ Kaiser trat – ebenso wie seine Freunde im Westen – gleich nach dem Krieg für die Bildung einer Einheitsgewerkschaft ein.

¹² Hermes war gesellschaftspolitisch wesentlich gemäßigter als Kaiser; der Diplom-Landwirt und ehemalige Reichsernährungsminister war dem mittelständischen Genossenschaftswesen verbunden.

¹³ Mitbegründer der Berliner CDU waren neben Hermes und Kaiser u. a. Elfriede Nebgen, Otto Heinrich von der Gablentz, Ernst Lemmer, Heinrich Krone, Emil Dovifat, Johann B. Gradl, Ferdinand Friedensburg. – Zur Gründung der Berliner CDU vgl. Conze, Kaiser, S. 15 ff.

kretär im Zentrum und im Windthorstbund, Joseph Schaeven, der ehemalige Generalsekretär des Windthorstbundes, Dr. Theodor Scharmitzel, und das ehemals führende Zentrumsmitglied Dr. Wilhelm Warsch¹⁴.

Die achtzehn Personen, die sich im Kölner Kolpinghaus versammelt hatten, waren alle katholisch. Viele waren früher in den christlichen Gewerkschaften und in den katholischen Arbeitervereinen tätig gewesen. Mitglieder der Gründungsversammlung waren u. a. Bernhard Günther, Dr. Josef Hofmann, Dr. Theodor Scharmitzel, Peter Schlack, Peter Josef Schaeven, Dr. Leo Schwering, Dr. Wilhelm Warsch, Dr. Eberhard Welty, Franz Wiegert und Dr. Karl Zimmermann¹⁵. Die Eröffnungsrede hielt Leo Schwering, der während der Zeit des Nationalsozialismus den Kontakt zwischen den Oppositionskreisen der katholischen Arbeiter und dem Kolpinghaus in Köln hergestellt hatte¹⁶. Zwei Hauptthemen beschäftigten die Versammlung: Die Absage an das geistig überlebte Zentrum, verbunden mit einer Einladung der evangelischen Freunde, und die Vorbereitung der organisatorischen Basis und der Programmatik der neuen Partei¹⁷. Die entscheidenden Fragen waren dabei: Woran sollte man geistig anknüpfen? Welche sollten die Grundlagen des neuen Programms sein? In dieser Situation, so schreibt Schwering, war „die Anwesenheit des Dominikaners Welty von weitgehender Bedeutung“¹⁸. Mit seiner Schrift „Was nun?“, die er den Teilnehmern aushändigte und erläuterte, konnte er „im Sinne der Arbeit von Walberberg ein vorläufiges Notprogramm“ vorlegen, und der CDU-Chronist Witt bemerkt hierzu: „Im wesentlichen zeichnet sich in ihm das neue Programm der ‚UNION‘ ab“¹⁹.

¹⁴ Zur Vorbereitung der Gründung vgl. Schwering, *Frühgeschichte*, S. 32 ff.

¹⁵ Ebd., S. 53. Dort sind auch alle Teilnehmer verzeichnet. ¹⁶ Ebd., S. 55.

¹⁷ Die auf Julius Bachem („Wir müssen aus dem Turm heraus“, 1906) zurückreichende Idee einer überkonfessionellen Partei war bei den Gewerkschaften neben der fortschrittlichen Sozialideologie der Hauptantrieb für die Gründung der CDU. Allerdings waren die beiden Grundanliegen, nämlich die Gründung einer christlichen Partei und deren christlich-soziale Programmatik, nur in der allgemeinen Grundtendenz vorhanden. Die parteipolitische Aussage modifizierte Stegerwald später dahingehend, daß er nur noch von einer (um die protestantischen Kreise) „erweiterten Basis der Zentrumspartei“ sprach (Emil Ritter, *Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954*, S. 384); die sozialprogrammatischen Ordnungsideen waren wesentlich gemäßiger als die des Walberberger Kreises. Zur Vorbereitung der parteipolitischen Neuordnung vgl. Rudolf Morsey, *Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923*, Düsseldorf 1966, S. 363–378.

¹⁸ Schwering, *Frühgeschichte*, S. 58.

¹⁹ Kurt Witt, *Wie die Union entstanden ist*, in: Bruno Dörpinghaus/Kurt Witt, *Politisches Jahrbuch der CDU/CSU*, 1. Jahrgang 1950, Frankfurt o. J. (1950), S. 178–192, S. 187. Die politisch-programmatische Bedeutung, die „Was nun?“ bei der Gründung der CDU spielte, lag nicht zuletzt darin, daß in ihr die Ideen Stegerwalds und Heinrich Brünings aus dem Essener Programm von 1920 wachgehalten und vertieft worden sind. Ebd., S. 185. Das Gründungsmitglied Josef Hofmann schreibt in seinen Erinnerungen: „In die Aussprache kam ein frischer Wind durch P. Dr. Welty“. Josef Hofmann, *Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit, Erinnerungen 1916–1947*. Bearbeitet und eingeleitet von Rudolf Morsey, Mainz 1977, S. 153. Zu Stegerwalds und Brünings parteipolitischen Überlegungen vgl. Leo Schwering, *Stegerwalds und Brünings Vorstellungen über Parteireform*. In: *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning*, Berlin 1967, S. 23–40.

2. Der christliche Sozialismus und die ersten Programme der CDU

Das Urprogramm der Union: Die Kölner Leitsätze vom Juni 1945

Die Beratungen des ersten CDU- bzw. CDP-Programms begannen am 23. Juni 1945. Tagungsort war das Kloster Walberberg, wohin Provinzial P. Siemer die Programmkommission eingeladen hatte. Dieser Versammlung der CDP¹ gehörten, wie auch allen folgenden, die Evangelischen an. Sie waren vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Fritz Fuchs und den Superintendenten Hans Encke. Die katholischen Teilnehmer waren Sibylle Hartmann, Dr. Josef Hofmann, Peter Schaeven, Dr. Theodor Scharmitzel, Dr. Leo Schwering, Peter Schlack, Dr. Wilhelm Warsch, Dr. Karl Zimmermann, Karl Eichen und die Dominikaner Dr. Welty und Siemer². Nach Verhandlungsbeginn stieß noch Johannes Albers hinzu, der kurz zuvor in Berlin von den Russen aus dem Zuchthaus befreit worden war. Von den dortigen parteipolitischen Entwicklungen (CDU-Gründung) wußte Albers auch zu diesem Zeitpunkt noch nichts³.

Die Ausgangssituation war für die Programmkommission „keine leichte“. Zum einen war die vorgesehene Zeit knapp bemessen, da man sich schnellstens mit geeigneten Leitsätzen an die Öffentlichkeit wenden wollte. Außerdem fehlten geeignete Unterlagen. Denn „die Bibliotheken und wissenschaftlichen Institute waren entweder vernichtet oder verlagert. . . . Unter diesen Umständen war die Broschüre Weltys eine unvergleichliche Hilfe. Nicht von ungefähr trug sie den Titel ‚Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum‘⁴.“

Der Ablauf der Verhandlungen dieser Programmkommission wird von Schwering⁵ und Wieck⁶ eingehend beschrieben. Es genügt daher der Hinweis auf die wichtigsten Ereignisse, wobei vor allem die Rolle, die die Dominikaner bei der sozialprogrammatischen Ausrichtung der neuen Partei spielten, beleuchtet werden soll. Die sogenannten Sozialpunkte wurden fast ausschließlich von P. Welty formuliert. Die ersten beiden der insgesamt fünf Entwürfe sind größtenteils wörtliche oder inhaltliche Übernahmen aus „Was nun?“⁷. Die Überarbeitungen der Schlußredaktion, an der auch Welty führend beteiligt war, weichen von der Vorlage und den ersten Entwürfen nur unwesentlich ab. Am ersten Tag der zweiten Sitzungsperiode (die erste dauerte vom 23.–25. Juni 1945)

¹ Die Kölner Partei hieß bis zum Dezember 1945 Christlich-Demokratische Partei.

² Schwering, Frühgeschichte, S. 73, S. 76.

³ Ebd., S. 77. Johannes Albers wurde geboren am 8. 3. 1890 in Mönchen-Gladbach und erlernte den Beruf eines Schriftsetzers. Er war Mitglied des Kolpingwerks, der katholischen Arbeiterbewegung und seit 1919 Mitglied der christlichen Gewerkschaften. Bis 1933 war er deren Kartellsekretär in Köln, von da an bis 1944 Versicherungsangestellter.

⁴ Ebd., S. 75.

⁵ Ebd., S. 71–88.

⁶ Wieck, Entstehung, S. 54–76; vgl. auch Schulz, Die CDU, S. 41–70.

⁷ Vgl. Entwurf Nr. 2, HASTK 1193 – 376, 2 mit Welty, Was nun?, S. 28, S. 31. – Den Entwurf Nr. 1 hatte Schwering schon am 17. 6. 1945 vorgelegt. So ist der Entwurf Nr. 2 das erste Konzept der zuständigen Programmkommission. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätze sind enthalten in den §§ 10–12 der Kölner Leitsätze vom Juni 1945.

in Walberberg, dem 30. Juni 1945, legte P. Siemer einen eigenen Programmentwurf vor, da ihm die Vorschläge der ersten Fassung gar nicht weit genug gingen. Sozialprogrammatisch lehnte er sich an die beiden am Vortag angefertigten Entwürfe an, jedoch war die Präambel wesentlich radikaler formuliert: Siemer forderte, daß die neue Partei den Namen „Christlich-sozialistische Gemeinschaft“ tragen solle. Nur als solche könne sie das Volk angesichts des Chaos retten⁸.

Die Bezeichnung „christlich-sozialistisch“, die hier erstmals in einer CDU-Versammlung auftaucht⁹, wurde als Parteiname von den meisten Teilnehmern abgelehnt. Daraufhin kam es „zu stürmischen Auseinandersetzungen“¹⁰ (Siemer). Der Dominikaner-Provinzial verbot wutentbrannt die weiteren Sitzungen der Programmkommission im Kloster und verließ die Sitzung.

Nach Siemers Kündigung fanden die abschließenden Programmberatungen am folgenden Tag, dem 1. Juli 1945, in Köln statt. Sie wurden von einer Unterkommission geführt, der Albers, Schlack, Warsch und Welty angehörten. Auch hier war wieder die Beteiligung des Dominikaners Welty herausragend: „Die Seele aller Verhandlungen“, so beschreibt Schwering dessen Engagement, „war Eberhard Welty. Die Mischung von wissenschaftlicher Korrektheit und dem lebhaften priesterlichen Gefühl für die sozial Schwachen erforderte Achtung und höchste Anerkennung. Es war ein überaus glückliches Schicksal für die neue Partei, daß ihr in geschichtlicher Stunde eine Persönlichkeit von so hohem Rang begegnete.“ Und emphatisch fügt der Augenzeuge hinzu: „Wir alle empfanden es: Ein neues Tor war aufgestoßen“¹¹.

Bei der Ablehnung von Siemers Namensvorschlag durch die Kommission handelte es sich „mehr um eine taktische als grundsätzliche Stellungnahme zur Idee des christlichen Sozialismus“¹². Der Begriff „christlicher Sozialismus“, so wandten einige Kommissionsmitglieder ein, sei zwar an sich nicht, aber als Bezeichnung für die neue Partei „anstößig“. Die inhaltliche Problematik des christlichen Sozialismus blieb von der Kontroverse jedoch unberührt. Bezeichnenderweise wurden alle von den Dominikanern vorgebrachten Programmpunkte, die darstellen sollten, was unter christlichem

⁸ P. Laurentius Siemer, Die christlich-sozialistische Gemeinschaft, HASTK 1193 – 377.

⁹ Nach Focke kommt der Begriff „christlicher Sozialismus“ nach 1945 erstmals in Schwerings Gründungsrede vom 17. 6. 1945 vor. Dort heißt es: „Denn Christentum ohne weitgehenden Sozialismus im edelsten Sinne ist undenkbar.“ Schwering, Rede vom 17. Juni 1945. HASTK 1193 – 343. Daß Schwering sich selbst nicht als den Urheber des Begriffs „christlicher Sozialismus“ betrachtet, geht aus seinem Brief vom 14. 6. 1956 an den Historiker Gerhard Schulz hervor. Darin betont Schwering, daß P. Siemer erstmals den Begriff gebrauchte und nicht einer der Gewerkschafter, wie Schulz (Die CDU, S. 51, Anm. 157) schreibt. HASTK 1193 – 268. Vgl. auch Siemer, Aufzeichnungen, S. 157.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Schwering, Frühgeschichte, S. 83.

¹² Leo Schwering, Vorgeschichte und Entstehung der CDU, Köln 1952, S. 35. Diese zweite Arbeit Schwerings ist hervorgegangen aus seiner Studie „Die Entstehung der CDU“, Köln 1946, der ersten wissenschaftlichen Untersuchung über die CDU. Die beiden älteren Arbeiten, die in der wissenschaftlichen Forschung kaum zu Rate gezogen wurden, behandeln das Problem des christlichen Sozialismus wesentlich ausführlicher als die „Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union“ aus dem Jahre 1963.

Sozialismus zu verstehen sei, angenommen¹³. Ebenso wurde auch der Teil der Präambel (3. Drittel), der sich mit der sozialpolitischen Ausrichtung befaßt, weitgehend von der Präambel des Siemer'schen Entwurfs geprägt, während der Teil zuvor (1. und 2. Drittel) eine Schöpfung Leo Schwerings ist¹⁴.

In der Endfassung einigte sich die Kommission dann auf die vielzitierte Formulierung: „So vertreten wir einen wahren christlichen Sozialismus, der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund auf widersprechen“¹⁵. Der christliche Sozialismus war damit für die CDP zum Programm erhoben worden.

Doch war dieses Konzept nicht von Anfang an eine umstrittene und zwielichtige Angelegenheit? Zunächst muß noch einmal betont werden, daß der Streit in Walberberg nur um die Bezeichnung „christlich-sozialistische Gemeinschaft“ als Parteiname ging. Dennoch deutet sich aber damit schon das zentrale Problem an, das bisher nur unzureichend berücksichtigt wurde: Es muß streng unterschieden werden zwischen dem christlichen Sozialismus als System und als Namensbezeichnung für das Programm bzw. die Partei. Die meisten einschlägigen Untersuchungen (z. B. Jäger und Focke) haben zu stark den Begriff „christlicher Sozialismus“ in den Vordergrund gerückt, so daß entsprechend die programmatisch-inhaltlichen Ideen des Walberberger Kreises zurücktraten bzw. dessen programmatische Grundsätze lediglich von den nur thesenhaft formulierten Kölner Leitsätzen her bestimmt wurden.

Die Folge dieser unzulänglichen Analyse war, daß man den christlichen Sozialismus in der Erscheinungsform des Walberberger Programms vom Juni 1945 zwar zunächst als ein wirkungsvolles Manifest ansah, dieses jedoch aufgrund der nur grob skizzierten Grundideen inhaltlich für ein relativ ausdrucksloses, schwer zu fassendes und daher verschwommenes Konzept ansah. Gerhard Schulz z. B. schrieb in seiner Darstellung des christlichen Sozialismus zu den Kölner Leitsätzen: „Die Zukunft der sozialen Ordnung schien den Kölnern noch kaum im konkreten Detail faßbar“¹⁶.“ Bei der Korrektur der häufig zitierten wirkungsvollen Charakterisierung von G. Schulz (seine Arbeit ist die erste größere Analyse des christlichen Sozialismus) muß zunächst einmal der zeitliche Faktor der Entstehungsgeschichte der Leitsätze berücksichtigt werden.

Leo Schwing hatte schon bei der Gründungsversammlung am 17. Juni im Kölner Kolpinghaus einen ersten Programmentwurf vorgelegt und dabei ausdrücklich betont, daß die unmittelbar bevorstehende Programmarbeit von Walberberg „vorläufig nur ein Torso sein“ solle. Denn die Programme der neuen Parteien gingen schon durch das Land, so daß die Christlichen Demokraten im Hinblick auf die eigene geistige Unterlage und die Öffentlichkeitsarbeit „wenigstens ein Notprogramm haben (mußten), das dem Augenblick genügt und später erweitert und vertieft werden kann“¹⁷. Es war also

¹³ Wieck, Entstehung, S. 73.

¹⁴ Schwing, Entstehung, S. 16. Vgl. Präambel der Kölner Leitsätze vom Juni 1945.

¹⁵ Kölner Leitsätze vom Juni 1945. Dieser Satz wurde fast wörtlich aus P. Siemers Entwurf übernommen. Vgl. HASTK 1193 – 377.

¹⁶ Schulz, CDU, S. 50.

¹⁷ Schwing, Gründungsrede vom 17. Juni 1945, HASTK 1193 – 343.

vor allem der zeitliche Druck, der die Programmkommission zu einer nur groben Andeutung des Sozialprogramms kommen ließ. Zwar war das Manifest der neuen Partei naturgemäß noch nicht abgerundet, aber doch wesentlich weiter gediehen, als es die Leitsätze vermuten lassen.

Mit anderen Worten: Weder die Kölner Leitsätze allein¹⁸, noch viel weniger der Begriff „christlicher Sozialismus“¹⁹ vermögen das Konzept des Gründerkreises zu umreißen. Die eigentliche Grundlage für die Programmarbeit bzw. das Programm selbst war vielmehr die Schrift „Was nun?“ von Eberhard Welty, die das Wesentliche der Besprechungen der Dominikaner und Gewerkschafter im Widerstandskreis enthält. Schwering unterstreicht stets die Bedeutung dieser Schrift als Programmvorlage. Der Historiker und Augenzeuge nennt sie im Hinblick auf die von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Mitglieder des Kreises das „Testament der Blutzeugen“²⁰. Ihre wirkungsgeschichtliche Rolle versucht Schwering durch einen Abdruck der Gliederung anzudeuten, um zu „erhellen, wie weit die Kommission von ihr (der Schrift, d. V.) Gebrauch gemacht hat“²¹. Da Schwering jedoch primär die historisch-politischen Zusammenhänge schildert und der Abdruck der Gliederung allenfalls oberflächlich die Bedeutung der Programmschrift anzugeben vermag, verweist er bezüglich der Erhellung der ideengeschichtlichen Einflüsse auf die noch ausstehende Detailforschung²². Das mit dem Begriff „christlicher Sozialismus“ beschriebene, in „Was nun?“ niedergelegte Programm des Köln-Walberberger Kreises, so wird sich zeigen, verbindet die ordnungspolitischen Grundsätze aus der ehemaligen christlichen Gewerkschaftsbewegung mit den sozialetischen Ideen der Walberberger Schule. Diese Verbindung von Sozialprogramm und -ethik im christlichen Sozialismus, wie sie K. Witt als die Hauptarbeit des Walberberger Kreises andeutet, zeigt sich in den beiden Sätzen, die die Forderung nach einem „wahren christlichen Sozialismus“ im Vorwort der Leitsätze umrahmen. Der diesem Vorwort voranstehende Satz lautet: „Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe sollen eine neue Volksgemeinschaft beschirmen, die die gottgegebene Freiheit des Einzelnen und die Ansprüche der Gemeinschaft mit den Forderungen des Gemeinwohls zu verbinden weiß“²³. „Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe sind unverkennbar Elemente der christlichen Soziallehre. Ihre Ordnungsgrundsätze hat Welty auf der Grundlage einer streng thomasischen sozialphilosophischen Analyse des Verhältnisses von Einzelmensch und Gemeinschaft (neu) zu bestimmen versucht“²⁴.

Im nachfolgenden Satz: „Unser fester Wille aber ist es, eine soziale Ordnung aufzu-

¹⁸ Vgl. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 53.

¹⁹ Vgl. Jäger, Adenauers Einwirkung, S. 437.

²⁰ Schwering, Frühgeschichte, S. 81.

²¹ Ebd., S. 75 f.

²² Schwering, Vorgeschichte, S. 63.

²³ Präambel der Kölner Leitsätze vom Juni 1945.

²⁴ In seiner Dissertation „Gemeinschaft und Einzelmensch. Eine sozialmetaphysische Untersuchung. Bearbeitet nach den Grundsätzen des Hl. Thomas von Aquin“ entwickelte Eberhard Welty die metaphysischen Grundlagen für ein den individuellen und sozialen Belangen des

richten, die der demokratischen Überlieferung der deutschen Vergangenheit ebenso entspricht wie der Weite und dem Geiste des christlichen Naturrechts²⁵“ wird die Verbindung von christlicher Ethik und der Programmatik der katholisch-sozialen Bewegung bzw. der christlichen Gewerkschafter noch einmal deutlich. Denn die Begriffe „deutsch“, „demokratisch“, „christlich“ und „sozial“, mit denen Adam Stegerwald 1920 sein Essener Programm zusammenfaßte, galten seither als Parole für eine christliche Sozial- und Parteienreform²⁶.

Die im Walberberger Kreis diskutierten Grundsätze gehen wesentlich über die Forderungen Stegerwalds hinaus, was jedoch wegen der zeitlichen und inhaltlichen Beschränkung, die der Programmkommission auferlegt war, aus deren Leitsätzen nicht klar genug hervorgeht. Im zweiten Entwurf heißt es in fast wörtlicher Anlehnung an die Schrift des Dominikaners: „Verstaatlichung und Sozialisierung nur insoweit, als es im Interesse des Gesamtvolkes notwendig ist. Doch muß unter Umständen dem Staat in seiner gegenwärtigen schweren Lage das Recht zugestanden werden, das Sonder Eigentum durch geeignete Zwangsmaßnahmen vorübergehend soweit in Gemeineigentum (im offiziellen Text heißt es „Gemeineigentum“, d. V.) zu verwandeln, als sein eigenes Dasein und seine innere Ordnung damit stehen und fallen“²⁷. Die Begriffe „Verstaatlichung“ und „Sozialisierung“ ließ man aber dann doch fallen, da man nicht noch einmal einen omnipotenten Staat schaffen wollte²⁸, sondern einer möglichst breiten gesellschaftlichen Schicht die Verfügungsgewalt über die Großindustrien zuweisen wollte. Auf einen Nenner gebracht, forderten die christlichen Sozialisten die Institutionalisierung einer wirtschaftsdemokratischen Sekundärverfassung. Der damit verbundene Grundsatz, daß die Macht und Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne gebrochen werden müsse, ergab sich für den Walberberger Kreis zwangsläufig aus der Gefahr, die dem Gemeinwohl bzw. der naturrechtlich verstandenen Gemeinwohlgerechtigkeit von diesen her drohte: Ohne entsprechende Kontrolle und Lenkung, so argumentierte man, würden sich die Güter- und Kapitalströme auch künftig wieder einseitig bei den Unternehmern und Produzenten ansammeln, so daß dieser kleinen Bevölkerungsgruppe von Besitzenden ein Millionenheer von Besitzlosen bzw. Proletariern gegenüberstehe. Eine solche kapitalistische Klassenspaltung mache den sozialen Frieden unmöglich²⁹.

Da an eine ertragreiche Wirtschaft in absehbarer Zeit (d. h. in 20 bis 30 Jahren!) ohnehin niemand dachte³⁰, sollten die wenigen vorhandenen und die mäßig zu produzierenden Güter gerecht verteilt werden, d. h., sie sollten den Bedürftigen zukommen. Um dies zu gewährleisten und einigermaßen geordnete Wirtschaftsverhältnisse wie-

Menschen gerecht werdendes Gesellschaftsmodell, in dem die christlichen und insbesondere thomasischen Sozialideen voll zur Geltung kommen sollen.

²⁵ Präambel der Kölner Leitsätze vom Juni 1945.

²⁶ Adam Stegerwald, *Deutsche Lebensfragen*, Köln 1920, S. 51.

²⁷ Entwurf Nr. 2, HASTK 1193 – 376.

²⁸ Wieck, *Entstehung*, S. 72.

²⁹ Welty, *Was nun?* S. 28.

³⁰ Vgl. Schwering, *Frühgeschichte*, S. 69.

derherstellen zu können, sollten die monopolistischen Großindustrien in Gemeinschaftseigentum überführt werden. Diese Sozialisierungsforderung versuchte Welty primär naturrechtlich zu begründen³¹. Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel der vergemeinschafteten Großindustrien sollte bei den Selbstverwaltungskörperschaften liegen. In ihnen sollten die leitenden und ausführenden Glieder, nach dem Grundsatz gerechter Gleichheit beteiligt, die wirtschaftlichen und sozialen (arbeitsrechtlichen) Fragen „in gemeinsamer Beratung und Beschlußfassung“ . . . klären und regeln. Die Produktion sollte im Rahmen einer „auf das Ganze abgestimmten Gesamtplanung“³² erfolgen. Da in „überkritischen Zeiten, die eine Verzögerung einfach nicht dulden“, „die Wirtschaft aus eigener Macht nicht zum Grundsatz der Bedarfsdeckung zurückfinden könne“, sollte der Staat den „Übergang selbst in die Hand“ nehmen und „auf der Grundlage der Selbstverwaltung eine der Volkswohlfahrt angemessene gebundene oder Planwirtschaft“ aufbauen. Jedoch solle der Staat nicht selbst „zum unmittelbaren, alleinigen Wirtschaftsunternehmer“ werden, sondern er solle dann, wenn die Wirtschaft „in eine feste, innerlich gesunde Bahn gelenkt“ sei, „alle Rechte der freien Körperschaft auch auf die Wirtschaft übertragen“³³.

Der Kapitalismus wird als Gesellschaftsordnung, das Profitstreben als Wirtschaftsprinzip abgelehnt, Bedarfsweckung soll durch die Bedarfsdeckung ersetzt werden³⁴. Da von den Klein- und Mittelbetrieben nicht solche Gefahren wie bei Monopolbetrieben für das Volksganze ausgehen könnten, sollten sie von den Umstrukturierungen nicht betroffen werden. Vielmehr sollten sie als Idealmodelle der Industriebetriebe gefördert und (auch durch Entflechtung von Großbetrieben) vermehrt werden. Privateigentum und Privatinitiative sollten unbedingtem Schutz unterliegen, jedoch an die Erfordernisse des Gemeinwohls gebunden bleiben, d. h. bei entsprechender Vorherrschaft und Bedrohung des Ganzen entsprechend eingeschränkt werden³⁵.

Die Kölner Leitsätze waren das „wichtigste programmatische Dokument der Gründungszeit in Westdeutschland“³⁶. Die Kölner Gruppe beeinflusste – und das war nicht zuletzt die Intention ihres eiligst aufgestellten Programms – die Richtung und den Takt der Parteientwicklung im rheinischen und westfälischen Raum und nahm auch Einfluß auf die Entwicklung in Norddeutschland. Die treibenden Kräfte waren vor allem Leo Schwing und Johannes Albers, der die Kontakte zu den Freunden aus der ehemaligen christlichen Gewerkschaftsbewegung wieder herstellte und aktivierte. In der Breitestraße in Köln, im Kolpinghaus, in dem sich schon die Beratungen der Widerstandsgruppe, die Gründungsvorbereitungen und die Gründung der CDP vollzogen hatten, richtete der Gewerkschafter das „Büro Albers“ ein³⁷. Daraus sollten später die Sozial-

³¹ Welty, Was nun?, S. 31.

³² Ebd., S. 16.

³³ Ebd., S. 26.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ebd., S. 30.

³⁶ Schulz, CDU, S. 50.

³⁷ Brief von J. Albers an J. Kaiser vom 7. 1. 1946. Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Kaiser 164. Aus diesem „Büro Albers“ sind de facto die Sozialausschüsse der CDU hervorgegangen. Von

ausschüsse der CDU hervorgehen. Im August 1945 gab es erstmals Kontakte zwischen den Gewerkschaftern in Köln, Berlin und in Süddeutschland. In Würzburg wurde der frühere Gewerkschaftsführer, ehemalige preußische Ministerpräsident und Reichsminister Adam Stegerwald von den Amerikanern zum Regierungspräsidenten von Würzburg bestimmt. Stegerwald spielte entsprechend seiner früheren Position in der kurzen Zeit vom Kriegsende bis zu seinem Tod am 3. 12. 1945 eine wichtige Rolle für die Programmatik und Parteiorganisation der christlich-sozialen Kräfte sowie für die Gewerkschaftsfrage.

Am 15. August 1945 schrieb Albers an Stegerwald: In der Frage der Neugründung der Einheitsgewerkschaften bestehe ein weitgehender Konsens unter den Mitstreitern. Jedoch sei die Frage der Parteienlandschaft, d. h. die „Entscheidung . . . zwischen rechts und links“, noch völlig offen. Sein „Ziel auf politischem Gebiet wäre freilich die Partei der Arbeiter und Bauern“. Das Programm sei bereits fertig. Und erläuternd fügte Albers hinzu: „Mit der Partei der christlichen Demokraten ist nicht viel zu machen, wenn sie nicht auch sozialistisch im guten Sinne des Wortes ist und handelt. Sie muß also auf sozialem Gebiete das Fortschrittlichste wollen, notwendigen Entscheidungen nicht aus dem Wege gehen, soweit das Recht des Volkes auch auf wirtschaftlichem Gebiete in Frage steht“. Albers faßte die Grundideen der Leitsätze mit eigenen Worten zusammen und verwies Stegerwald auf deren Quelle, Weltys „Was nun?“, deren „Gedankengut . . . der Verfasser mit unseren ermordeten Freunden Körner, Groß, Letterhaus und dem Unterzeichneten in monatelanger Arbeit zusammenfaßte“: „Eine planvolle Bedarfsdeckungswirtschaft wird auch das Gemeineigentum auf all den Gebieten erweitern, in denen bisher das Volk mehr oder weniger ausgeschaltet wurde: Mitbestimmung in der Großwirtschaft, Aufhebung der privaten Monopole und Konzerne, Verstaatlichung der Schwereisen-, der Kohlen- und Energiewirtschaft und Förderung der genossenschaftlichen Unternehmensformen³⁸.“

Mit diesen Grundsätzen war der Walberberg-Kölner Kreis über das solidaristische Essener Programm Stegerwalds von 1920, das sich in der Sozialisierungsfrage zurückgehalten hatte, entscheidend hinausgegangen. Stegerwald forderte damals eine schrittweise Demokratisierung der Wirtschaft und Vergesellschaftung der Großindustrie, hielt aber eine Lösung „in kürzester Frist als undurchführbar“³⁹. Aber angesichts der Nachkriegssituation plädierte auch der ehemalige Gewerkschaftsführer und Reichsminister für eine radikalere Lösung. Im Antwortschreiben an Albers bekannte er: „Die Sache ist tatsächlich so, daß jetzt die Situation reif ist für das Programm von Essen, das vor 25 Jahren aufgestellt worden ist. . . . Die von Dir aufgeführten Industrien sind meines Erachtens tatsächlich reif für die Vergesellschaftung.“

Stegerwald wie Albers wollten also primär die arbeitende Bevölkerung als die Träger der neuen Partei ansprechen. Doch hielt Stegerwald die Bezeichnung „christliche De-

Stegerwald bei einem Treffen in Walberberg angeregt, vollzog Albers zunächst die Sammlung der alten Kollegen aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung alleine und schuf somit das Fundament für deren organisatorische Zusammenfassung innerhalb der CDU.

³⁸ Brief von Albers an Stegerwald vom 15. 8. 1945. Stegerwald-Archiv Nr. 1247.

³⁹ Stegerwald, Deutsche Lebensfragen, S. 33.

mokratie“ für „zu flach“ und schlug vor, „daß der erste Wahlkampf geführt werden müsse unter der Firma ‚Christlich-Soziale Arbeiter- und Bauernpartei‘“. Wichtiger als der Name sei allerdings, daß man „viel Volk hinter sich“ bekomme⁴⁰.

Mit der Entwicklung des christlichen Sozialismus hing demnach die Idee einer Arbeiterpartei eng zusammen, wenngleich dieser Gedanke nur von einem Teil des Köln-Walberberger Kreises vertreten wurde. Diese parteipolitische Struktur wollte Siemer durch den Namen „Christlich-Sozialistische Gemeinschaft“ zum Ausdruck bringen. Auch Welty sympathisierte mit dem Gedanken einer Art Labour Party nach britischem Vorbild⁴¹. Seine Programmschrift befaßte sich zwar nur mit dem Aufbau von Gesellschaft und Wirtschaft und enthält keine parteipolitischen Überlegungen, doch liegt die Idee einer Arbeiterpartei durchaus auf der Linie von „Was nun?“. Denn, so heißt es dort, „das deutsche Staatswesen wird sicher eine *Gemeinschaft der werktätigen, schaffenden Menschen* werden“⁴². Es sei eine unbestreitbare Tatsache, „daß der größere Teil unseres Staatsvolkes zu der i. e. S. lohnarbeitenden Bevölkerung zählt“. Daher sei man „aus Gründen sowohl der Gerechtigkeit wie der politischen Klugheit verpflichtet, eine Staatsgemeinschaft aufzubauen, die von der gegenwärtigen Schichtung unseres Volkes ausgeht, in der die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten nach Maßgabe dieser Schichtung erfolgt und in der gerade die arbeitende Bevölkerung vollgebührenden Anteil an der Obsorge und den segensreichen Wirkungen eines geordneten Staatswesens gewinnt“⁴³.

Noch entschiedener als die Dominikaner und der Gewerkschafter Albers forderte ein Kreis um den Mönchengladbacher Oberbürgermeister Wilhelm Elfes eine Arbeiterpartei. Elfes, der zur Zeit des Widerstandes zu dem Kreis um die Dominikaner gehörte,

⁴⁰ Brief von Stegerwald an Albers vom 20. 8. 1945, Stegerwald-Archiv Nr. 1248. Mit seiner Zustimmung zu Albers' und Weltys Vergesellschaftungsprogramm anerkannte Stegerwald indirekt auch die sozialtheoretisch-programmatische Neuorientierung der westlichen Gewerkschafter, einen modifizierten Wechsel vom liberalen Solidarisismus zum christlichen Sozialismus der Walberberger Dominikaner. Aus dem gleichen Stegerwaldbrief will Franz Focke herauslesen, daß sich zu jener Zeit in der CDU der britischen Zone „allmählich deutlicher werdende(n) Rechtstendenzen“ (!) bemerkbar gemacht hätten. Focke, Christlicher Sozialismus, S. 225. Aus dem Stegerwald-Brief zitiert Focke allerdings nur die Passage, in der der einstige Gewerkschaftsführer seine Gleichgültigkeit gegenüber dem Namen der neuen Partei bekundet („... meinerwegen ... Firma ‚christliche Demokratie‘“). Aus dieser ausschließlich auf das Namensproblem („christlich“ in Verbindung mit „sozial“ oder „demokratisch“) bezogenen Äußerung Stegerwalds leitet Focke dann auch eine inhaltlich-programmatische Indifferenz des Gewerkschafters ab; dabei zitiert er die Passage, die Stegerwalds Zustimmung zur Sozialisierungsforderung von Albers und Welty zum Ausdruck bringt, nach Helmut J. Schorr, Adam Stegerwald. Politiker der ersten deutschen Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung in Deutschland, Recklinghausen 1966, der die Äußerungen der Gewerkschaftsführung nur verkürzt wiedergibt.

⁴¹ Wieck, Entstehung, S. 88.

⁴² Welty, Was nun?, S. 17. – Daß neben sozialprogrammatischen Fragen im Widerstandskreis auch Überlegungen zur Gründung einer „Partei aller werktätigen Menschen“ angestellt worden waren, belegt ein Brief von Welty an Prof. Erich Kosthorst vom 11. 6. 1946. Bundesarchiv, Nachlaß Kaiser (Künftig: BA-Kaiser), Nr. 56.

⁴³ Welty, Was nun?, S. 17.

begründete seine Absicht unter Hinweis auf Weltys Schrift und erreichte es sogar, daß die Christlich Demokratische Partei in Mönchengladbach den Untertitel „Partei der Arbeit“ trug⁴⁴. Auch in Westfalen verfolgte eine Gruppe ehemaliger christlicher Gewerkschafter und Zentrums Politiker die Absicht, eine Arbeiterpartei zu gründen. Ähnlich wie im Walberberger Kreis und in Mönchengladbach verfolgte man hier „eine Parteigründung mit Einschluß der SPD“. Im Unterschied zu den vorgenannten Gruppen wünschten die Westfalen, „daß das Wort ‚christlich‘ dem Namen und dem Programm der Partei überhaupt nicht eingefügt werden solle. Die Partei sollte sich in ihren Grundsätzen auf die Naturrechte aufbauen“⁴⁵.

Diese ehemaligen Gewerkschafter und Zentrums Politiker, zahlenmäßig klein, waren programmatisch den Ideen der christlichen Soziallehre bzw. des politischen Katholizismus verbunden, lehnten jedoch im Parteinamen die Bezeichnung „christlich“ ab, da sie glaubten, daß sie ungeeignet sei, die sozial fortschrittliche Einstellung der Partei zum Ausdruck zu bringen und daher eine zu scharfe Abgrenzung nach „links“ bedeute. Diese Gruppe tendierte daher zur Neugründung des „Zentrums“. Doch sollte das neue Zentrum mit der Partei vor 1933 nur den Namen gemeinsam haben und als interkonfessionelle Partei nur den linken Flügel der ehemaligen Gruppierung unter Einschluß weiterer sozial fortschrittlicher Kräfte umfassen. Von der Partei der Christlichen Demokraten glaubte man, daß dort über kurz oder lang die liberal-konservativen Kräfte, insbesondere aus dem Protestantismus, die Oberhand gewinnen würden⁴⁶. Die Vorbehalte dieser christlich-sozialen Kräfte gegen die Protestanten erfolgten demnach nicht wegen deren konfessioneller Einstellung, sondern vielmehr wegen der vermeintlich konservativ-liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Protestanten.

Der markanteste Vertreter dieser Politiker aus dem fortschrittlichen Zentrumsflügel bzw. der katholisch-sozialen Bewegung war der ehemalige Zentrums-Parlamentskorrespondent Dr. Karl Spiecker. Als Spiecker im Spätsommer 1945 aus dem Exil nach Deutschland kam, waren die Parteien bereits im Neuaufbau begriffen. Was Spiecker vorschwebte, war wohl von seinem Aufenthalt in England her mitgeprägt – eine Art Labour Party⁴⁷. Spieckers parteipolitischer Plan darf nur mit Vorbehalt auf sein späteres Eintreten für das Neu-Zentrum übertragen werden. Er war zwar bei der Gründungsversammlung am 14. 10. 1945 in Soest anwesend, doch trat er dem Neu-Zentrum erst bei, als er seine eigenen Pläne als gescheitert ansah.

Mit der Konzeption einer Labour Party sympathisierte zeitweise auch der erste Vorsitzende der SPD nach 1945, Kurt Schumacher. Dieser hatte „in seiner Haftzeit, aufgrund seines positiven Christentums, den Plan gefaßt . . ., die SPD aufzuspalten, den linken Flügel, über dessen Stärke man sich nicht klar war, zur KPD absondern zu lassen und seinen eigenen rechten Flügel mit bewußter Ausrichtung in christlicher, d. h..

⁴⁴ Wieck, Entstehung, S. 88.

⁴⁵ Brief von A. Gilsing an Stegerwald vom 23. 10. 1945. Stegerwald-Archiv Nr. 1263.

⁴⁶ Vgl. Wieck, Entstehung, S. 107 ff., S. 153. Vgl. auch das Protokoll der Sitzung Spieckers mit katholischen Geistlichen von Oberhausen am 13. 1. 1947. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf (künftig: StBKAH), S. 124.

⁴⁷ Wieck, Entstehung, S. 142.

in Labour Party-Richtung zusammenzuschließen mit dem linken Flügel der Christlichen Demokraten“⁴⁸. Im Herbst 1945 kam es in Walberberg zu Gesprächen zwischen führenden Vertretern des christlichen und des demokratischen Sozialismus und Verfechtern der Labour Party. Die vorliegenden Dokumente enthalten zwar keine Hinweise, daß dabei auch Fragen der Parteigliederung bzw. die Möglichkeit eines Zusammenschlusses diskutiert wurden, doch zeigen die beiden Treffen die Bedeutung der Walberberger Dominikaner und ihrer Sozialtheorie auch außerhalb der CDU an. Ein erstes Gespräch fand am 21. Oktober 1945 in Walberberg statt. Teilnehmer waren P. Siemer, Willi Elfes aus Mönchengladbach und als Vertreter der SPD der Vorsitzende der rheinischen Landespartei, Görlinger, und dessen Parteifreunde Dr. Berling und Hummes. Nach Siemers Aufzeichnungen kam dieses Treffen zustande, weil man wußte, daß die Dominikaner einen christlichen Sozialismus vertraten; die Initiative ging also von der SPD aus. Dabei habe es „eine sehr lebendige Diskussion über Fragen der Erziehung und Sozialisierung – also über Fragen, die Pater Welty in seiner Broschüre ‚Was nun?‘ besonders behandelt hatte“ – gegeben⁴⁹.

Siemer faßte die Erklärungen der Sozialdemokraten in einer Mitteilung an den Kölner Erzbischof Frings zusammen:

- „1. Die Sozialdemokratie lehnt den Marxismus ab und steht nicht mehr auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung.
2. Die Sozialdemokraten kommen zwar historisch zum Sozialismus vom Marxismus her, heute aber grundsätzlich von der christlichen Ethik als Grundlage der abendländischen Kultur ohne dogmatische Bindung.
3. Die Sozialdemokraten wollen eine Trennung von Kirche und Staat in der Form, daß beide voneinander völlig frei sind, aber einander unterstützen. Der Staat schützt die Rechte der Kirche, und die Kirche erzieht die Gläubigen zu einer ethischen Haltung zum Staate hin.
4. Die Sozialdemokraten wollen als Staatsschule die christliche Gemeinschaftsschule mit konfessionellem Religionsunterricht als Schulfach, erteilt von Lehrern, die von der Kirche bestellt und beaufsichtigt werden . . .“⁵⁰

Zur gleichen Zeit fand ein weiteres wichtiges Treffen in Walberberg statt. Unter der Leitung von Johannes Albers tagten dort die katholischen Arbeiter des Rheinlandes; Adam Stegerwald hielt das Hauptreferat⁵¹. Stegerwald war über die Besprechung Siemers mit den Sozialdemokraten „sehr erfreut“ und „hielt sie für außerordentlich wichtig“. Andere Mitglieder der CDP sahen jedoch darin „die Gefahr, die Sozialdemokratie könne nach diesem Besuch in katholischen Kreisen für „hoffähig“ angesehen werden“⁵². Dessen ungeachtet entsprach der Dominikanerprovinzial dem Wunsche der

⁴⁸ Ebd., S. 145 f. ⁴⁹ Siemer, Aufzeichnungen, S. 159 f.

⁵⁰ Brief von P. Siemer an Erzbischof Frings vom 22. 10. 1945. BA, Kaiser, 88. Die Schul- und Erziehungsfrage, insbesondere das Problem Konfessions- oder Gemeinschaftsschule, spielte in der Programmatik neben der politischen und wirtschaftlichen Ordnung eine hervorragende Rolle.

⁵¹ Brief von P. Siemer an Erzbischof Frings vom 22. 10. 1945.

⁵² Siemer, Aufzeichnungen, S. 160.

Sozialdemokraten, auch Kurt Schumacher und weiteren Vertretern der SPD Gelegenheit zu einem Gespräch zu geben. Wenig später⁵³ kam es zu einem Treffen, an dem neben den Sozialdemokraten Schumacher, Robert Görlinger und Adolf Grimme auch Dr. Karl Spiecker mit zwei Freunden teilnahm, „anscheinend gebeten von den Herren der SPD“ (Siemer). Gegenstand der Diskussion waren der Sozialismus und vor allem das Naturrecht⁵⁴. Nähere Angaben über das Gespräch zwischen christlichen und (sozial)demokratischen Sozialisten hat P. Siemer nicht gemacht. In diesem Zusammenhang muß noch einmal betont werden, daß die Entwicklung der philosophisch-theologisch fundierten Sozialtheorie der Dominikaner ebenso auf die Initiative der Gewerkschafter zurückging wie die Mitarbeit Welyts und Siemers an der Programmatik der CDP (und später der Sozialausschüsse der CDU)⁵⁵. An den Beratungen der parteipolitischen Gremien der CDP nahmen die Dominikaner nach der Verabschiedung der ersten Fassung der Kölner Leitsätze vom Juni 1945 nicht mehr teil, so daß sich die Beratertätigkeit der beiden Sozialtheoretiker auf die Gremien der Gewerkschafter, d. h. auf das sog. „Christliche Werkvolk“ und die aus ihm hervorgegangene Arbeitnehmervereinigung der CDU beschränkte⁵⁶.

Die politische Durchsetzung des christlichen Sozialismus von Walberberg innerhalb der rheinischen Landespartei fiel also den Gewerkschaftern selbst zu, an ihrer Spitze Karl Arnold und Johannes Albers. In den meisten Darstellungen zum Thema „Ahlener Programm“ wurde durchweg Karl Arnold als der – auch programmatisch – bedeutendste Gewerkschafter bezeichnet⁵⁷. Es wird sich jedoch zeigen, daß gerade bei der Durchsetzung der sozialen Ordnungsprogrammatik und dem Aufbau der Arbeitnehmerorganisation innerhalb der Union Johannes Albers die treibende Kraft war, während sich Karl Arnold primär dem politisch-staatlichen Aufbau von Nordrhein-Westfalen widmete.

Welche politisch-strategischen Überlegungen haben die Gewerkschaftsführer im Rheinland nun angestellt, um die christlich-sozialistischen Ideen innerhalb der Union mit den Protestanten durchzusetzen? Denn sicherlich waren den christlichen Sozialisten Albers und Arnold die Bedenken von Elfes und anderen Kollegen, die aufgrund der zu erwartenden liberal-konservativen wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätze der Evangelischen vor einem Zusammenschluß mit diesen gewarnt hatten, be-

⁵³ Der Termin dieses Gesprächs konnte nicht ermittelt werden. Frederic Spotts, *Kirchen und Politik in Deutschland*, Stuttgart 1976, S. 289, nennt – ohne Quellenangabe – den Januar 1946.

⁵⁴ Siemer, *Aufzeichnungen*, S. 160.

⁵⁵ Vgl. hierzu Gumnior/Jacobsen, *Spuren nach 700 Jahren*, S. 17 f.; Welyt, *Die Entscheidung*, S. 5; ferner: Brief von Welyt an Schwering vom 6. 2. 1962, HASTK, 1193 – 296.

⁵⁶ Welyts Mitarbeit in den Gremien der christlichen Gewerkschafter kann bis zum Jahre 1948/49 belegt werden. So gehörte der Dominikaner dem am 1. 12. 1948 gegründeten Ausschuß für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgestaltung der Sozialausschüsse der CDU/CSU an, in dem auch die späteren Bundesminister Schröder und Gradl Mitglieder waren. Archiv der Sozialausschüsse, Mappe Dr. Bock. Vgl. auch Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 34.

⁵⁷ Vgl. z. B. Herder-Lexikon Politik, Freiburg 1977, S. 10 („Ahlener Programm“); Uhl, *Christlicher Sozialismus*, S. 92; Gumnior/Jacobsen, *Spuren nach 700 Jahren*, S. 16.

kannt⁵⁸. Die Idee einer Partei der Arbeit war von Albers schon Ende 1945 fallengelassen worden. In einem Brief vom 7. Januar 1946 an Jakob Kaiser berichtete er, daß nur noch Wilhelm Elfes einer solchen Überlegung anhinge, doch hoffe er, auch seinen Freund aus Mönchen-Gladbach bald „eingliedern“ zu können⁵⁹. Die Entscheidung, sich trotz weitgehender sozial- und wirtschaftspolitischer Übereinstimmung mit breiten Teilen der SPD nicht mit ihr zusammenzuschließen, hatte für die christlichen Gewerkschafter im wesentlichen zwei Gründe: Erstens knüpften die Sozialdemokraten schon bald an ihre parteipolitische Tradition der Jahre vor 1933 an; zweitens war trotz der positiven Einstellung des Vorsitzenden Dr. Schumacher und anderer Spitzenpolitiker zum Christentum ein nicht unerheblicher Teil von Sozialdemokraten antikirchlich bzw. anti-christlich eingestellt, oder zumindest war eine solche Einstellung zu erwarten⁶⁰. Diese war aber mit dem Selbstverständnis der Gewerkschafter, die im Christentum bzw. in der christlichen Ethik das Fundament und die Triebfeder ihres politischen und sozialen Engagements sahen, praktisch unvereinbar.

Daraus sollte sich für die christlichen Sozialisten als „Christdemokraten“ eine paradoxe Situation ergeben: War nämlich das Christentum trotz weitgehender wirtschafts- und sozialprogrammatischer Übereinstimmungen mit den Sozialdemokraten (wobei hier von den geistigen Grundlagen abgesehen wird) der Hauptgrund für die Ablehnung eines parteipolitischen Zusammengehens mit der SPD (gewerkschaftlich-gesellschaftspolitisch wollte man in den – überkonfessionellen und überparteilichen – Einheitsgewerkschaften die gemeinsamen sozialen Grundsätze verwirklichen) und damit gleichzeitig die Grundlage für die Union mit den Protestanten, so sollte gerade aus dem (formal betrachtet) geschlossenen und einheitlichen religiös-theologischen Fundament der CDP bzw. der CDU ein erhebliches Konfliktpotential erwachsen, da die Protestanten nämlich unter Bezugnahme auf das Christentum bzw. die evangelische Sozialethik individualistisch-liberale ordnungspolitische und damit antisozialistische Grundsätze ableiten. Warum aber hegten die christlichen Sozialisten keinen Argwohn? Und: Umfaßt nicht auch der Katholizismus individualistisch-liberales Gedankengut? Franz Focke hat die entsprechenden theoretischen und politisch-strategischen Fehlprognosen der christlichen Sozialisten treffend charakterisiert: Sie glaubten, daß „in weitestem Maße die Besitzunterschiede beseitigt“⁶¹ seien, so daß „die Trennung in bürgerlich und proletarisch, in rechts und links nicht mehr aktuell“ erschien. Für die christlichen Sozialisten „stand die CDU (daher) keinesfalls rechts von der SPD, sondern hatte vielmehr die Aufgabe, andere als die von der SPD angesprochenen Schichten für eine Zusammenarbeit auf der Grundlage eines allgemeinen sozialistischen Konsensus

⁵⁸ Vgl. Wieck, Entstehung, S. 138.

⁵⁹ Brief von Albers an Kaiser vom 7. Januar 1946, BA, Kaiser, 164.

⁶⁰ Vgl. hierzu Norbert Blüm, Reaktion oder Reform? Wohin geht die CDU? Reinbek 1972, S. 12 f. Blüm nennt als Gründe außerdem die Lücken, die die nationalsozialistische Verfolgung in die Reihen der christlichen Gewerkschafter gerissen hat. Die Union mit den Protestanten, d. h. die religiöse Motivation der CDU-Gründer, setzt Blüm allerdings als selbstverständlich voraus.

⁶¹ Jakob Kaiser auf der Zonenkonferenz der Gewerkschafter, Neue Zeit vom 12. 2. 1946; zit. nach Focke, Christlicher Sozialismus, S. 300.

zu gewinnen“⁶². Die Überlegungen von Johannes Albers, die durchweg für die christlichen Sozialisten repräsentativ sind, bestätigen diese Einschätzung. Die Entscheidung der Gewerkschafter, die Idee einer Partei der Arbeit fallenzulassen, bedeutete also nicht, daß die Union nun eine bürgerliche Partei sein sollte. Vielmehr wollte Albers, daß die Arbeiterschaft das bestimmende Element sei; demnach sollte die CDU eine Arbeiterpartei sein. Die hoffnungsvollen Überlegungen der christlichen Sozialisten einschließlich der Dominikaner basierten aber primär auf dem Glauben, daß das „bürgerliche Zeitalter“ endgültig vorüber sei, was für sie gleichbedeutend war mit der Annahme, daß liberal-konservative Ideen keine Zukunft mehr hätten und daß eine ertragreiche Wirtschaft in naher (und ferner) Zukunft nicht möglich sei. „Das wichtigste ist“, so schrieb Johannes Albers an Jakob Kaiser im Januar 1946, „daß die alten bürgerlichen Auffassungen nicht zum Durchbruch kommen“⁶³. Und der Gewerkschafter Blank umschrieb den christlich-sozialistischen Glauben an eine Zeitenwende mit dem Schlagwort „Soziales Zeitalter christlicher Prägung“⁶⁴.

Tatsächlich aber hatten zu diesem Zeitpunkt die bürgerlichen Kräfte in der Partei schon Fuß gefaßt, denn spätestens seit dem Zusammenschluß der rheinischen Kreis- und Bezirksparteien zur CDP des Rheinlandes am 2. September 1945 sahen sich die christlichen Sozialisten im rheinischen Raum mit den liberal-konservativen Kräften konfrontiert. Es waren zunächst vor allem die „nüchternen Protestanten“ (G. Schulz) – und hier vor allem die des starken und gut organisierten Wuppertaler Kreises –, die die Gegenposition gegen die überwiegend linksorientierten Katholiken begründeten und immer mehr einnahmen.

Die Phase von der Gründung der Landespartei des Rheinlandes am 2. September 1945 bis zur Gründung der Zonenpartei am 22. Januar 1946 in Herford zeigt, daß das Mit- und Gegeneinander-Agieren von christlichen Sozialisten und christlichen Realisten, wie sich die Protestanten mitunter bezeichneten, politisch und geistig viel subtiler ablief, als bisher angenommen wurde. Dies hing einfach damit zusammen, daß beide Seiten – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß man wegen des geltenden Besatzungsrechts, das den Deutschen zunächst einen äußerst geringen politischen Spielraum ließ – primär um die Klärung theoretischer Fragen bemüht war, wobei sich die (überwiegend) katholischen Gewerkschafter und die Protestanten jeweils auf die Grundsätze der katholischen bzw. evangelischen Theologie und Ethik stützten.

Obwohl somit das Christliche die entscheidende Motivation und die stärkste Klammer für die Union von Katholiken und Protestanten war, ergaben sich aufgrund der spezifi-

⁶² Ebd.

⁶³ Brief Albers an Kaiser vom 7. 1. 1946. BA, Kaiser 164.

⁶⁴ Theo Blank, Vom Ahlener Programm zu den Düsseldorfer Leitsätzen – Zur Dogmengeschichte der CDU. In: Wirtschafts- und Finanzpolitik im Zeichen der sozialen Marktwirtschaft. Festgabe für Franz Etzel, Stuttgart 1967, S. 31–46, S. 32. In einem von Th. Blank unterzeichneten Wahlauftritt der CDU in Westfalen vom 11. 10. 1946 heißt es: „Der Kapitalismus ist zusammengebrochen. Wir sind die letzten, die ihm eine Träne nachweinen. Eine neue Zeit bricht an, sie trägt sozialistisches Gepräge.“ Zit. nach Anti-Sozialismus aus Tradition? Memorandum des Bensberger Kreises zum Verhältnis von Christentum und Sozialismus heute, Reinbek 1976, S. 25.

schen theologischen Auffassungen, vor allem bezüglich des Verhältnisses von Ethik/Religion zur Politik, diametral entgegenstehende theoretische und politisch-praktische Positionen: Für die christlichen Sozialisten waren ihre sozialen Ordnungsideen nahezu gleichbedeutend mit Christentum, für die Protestanten dagegen war die politisch-soziale Ordnung ein metaphysikfreier, eigengesetzlicher Raum, für den Ethik und Theologie keine unmittelbar gültigen politischen Normen abgeben können, da diese einzig für die Gesinnung relevant sind.

Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftern und Protestanten war in der ersten Phase mehr durch ein Nebeneinander- als durch ein Gegeneinander-Agieren gekennzeichnet, da vor allem die Evangelischen zunächst aufgrund ihrer theologisch bedingten Zurückhaltung in politisch-sozialen Ordnungsfragen sich kaum zu politischen und programmatischen Gegenpositionen hinreißen ließen, wiewohl sie solche schon erkennen ließen, sondern zunächst primär um die Klärung politisch-religiöser Grundsatzfragen bemüht waren⁶⁵.

*Frühe Gegenströmung: Die liberale protestantische Theorie
des christlichen Realismus und die Leitsätze der Christlich-Demokratischen
Partei in Rheinland und Westfalen vom September 1945*

Der Kölner Kreis, verbunden mit Aachener und Bonner Gruppen, der Düsseldorfer Kreis, verbunden mit nieder- und rechtsrheinischen Gruppen im Ruhrgebiet, und der Wuppertaler Kreis, mit Gruppen aus Solingen und Remscheid, schlossen sich am 2. September 1945 in Köln zur Christlich-Demokratischen Partei des Rheinlandes (CDP) zusammen⁶⁶. Höchst unterschiedlich waren in diesen Kreisen die konfessionelle und soziologische Zusammensetzung und entsprechend auch die sozialtheoretischen und parteipolitischen Intentionen. Der Walberberg-Kölner Kreis zählte neun Arbeiter bzw. Handwerker, die fast alle zu den früheren christlichen Gewerkschaften bzw. zu den katholischen Arbeitervereinen gehörten. Neben Dr. Welty und Dr. Zimmermann aus der Gewerkschaftergruppe gehörten zu diesem Kreis weitere sechs Akademiker, die wie Leo Schwering, Josef Hofmann und Theodor Scharmitzel stark der Walberberger Soziallehre zuneigten⁶⁷. Die Düsseldorfer Gruppe umfaßte „Kreise der Intellektuellen, des Mittelstandes, die katholische Handwerkerschaft der Kolpingfamilie, katholische Arbeiter“⁶⁸. Führend waren hier der ehemalige Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften, Karl Arnold, und der ehemalige Sekretär der Katholi-

⁶⁵ Wieck, Entstehung, und Ambrosius, Durchsetzung, haben die Bedeutung der Theologie für die Programmatik und Politik der Protestanten, insbesondere des Wuppertaler Kreises, grundsätzlich erkannt. Doch geht Wieck dieser Frage nicht weiter nach, während Ambrosius das Verhältnis von Ethik bzw. Religion zur Politik im Protestantismus nicht präzise zu bestimmen vermag.

⁶⁶ Wieck, Entstehung, S. 98.

⁶⁷ Anwesenheitsliste der Programmkommission für die erste Fassung der Kölner Leitsätze, ebd., S. 56.

⁶⁸ Ebd., S. 77.

schen Arbeitervereine, Joseph Gockeln, beteiligt. Das Programm der Düsseldorfer entsprach in der Tendenz den Kölner Leitsätzen.

Im Gegensatz zu dem fast ausschließlich katholischen Köln-Walberberger Kreis und dem überwiegend katholischen Düsseldorfer Kreis waren die CDP-Gründer aus Wuppertal (Remscheid und Solingen) entsprechend der konfessionellen Struktur in diesen Gebieten (Wuppertal: 67% Protestanten, 21% Katholiken, 12% andere oder keine Religionsgemeinschaft) überwiegend evangelisch⁶⁹. Von den Parteigründern des Wuppertaler Kreises waren fünf Geistliche, fünfzehn Fabrikanten, mehrere selbständige Kaufleute und Inhaber leitender Positionen in der Industrie und im Handel, fünf Beamte und Rendanten, zwei bis vier selbständige Akademiker und zwei Angestellte⁷⁰. Nur einer, der evangelische ehemalige christliche Gewerkschafter Emil Marx, war Arbeiter. Bei den Evangelischen aus der Wuppertaler Gruppe, die sich erst einige Wochen nach der Kölner formierte, war die Gründung getragen von der Idee „einer christlich motivierten bürgerlichen Sammlungsbewegung als Gegengewicht zu den ‚linken‘ Parteien“. Daneben gab es noch eine Gruppe, die nicht aus religiösen, sondern aus wirtschaftlich-politischen Intentionen heraus „gegenüber der sich bildenden Majorität der Sozialdemokraten und der Kommunisten ein bürgerliches Gleichgewicht“ in einer demokratischen Partei schaffen wollte⁷¹.

Auf die Zusammenführung evangelischer, katholischer und bürgerlich-liberaler Gruppen in Wuppertal haben Programme von drei verschiedenen Seiten Einfluß genommen: 1. der erste Entwurf der Barmer Richtlinien von evangelischer Seite; 2. der Entwurf von Dr. Herkenberg, der die Option der bürgerlich-liberalen Kreise zu einem „Deutschen demokratischen Zusammenschluß“ enthielt, und 3. die Kölner Leitsätze⁷². Der erste Entwurf der Barmer Richtlinien war im Juli 1945 unter maßgeblichem Einfluß von Pfarrer Lutze ohne Kenntnis der Kölner Leitsätze zusammengestellt worden. Nach der Fertigstellung des ersten Wuppertaler Programms kam Lutze in den Besitz des Kölner Programms, das er einer scharfen Kritik unterzog:

1. „Der ‚demagogische‘ Ton der Präambel sei zu verurteilen. Ausdrücke wie ‚schmachvolle Verbrechen‘, ‚feige Tyrannen‘, ‚Größenwahnsinn des Nationalsozialismus‘, ‚fort mit Diktatur und Tyrannei‘, ‚Pest des Hitlertums‘ müßten vermieden werden.
2. Der Ausdruck ‚christliches Sittengesetz‘ sei bedenklich. Man solle einfach ‚göttliche Gebote‘ sagen. . . .
3. Da die evangelische Theologie die Soziallehre nicht aus einem Naturrecht herleitet, wird der Gebrauch des Begriffes ‚christliches Naturrecht‘ verurteilt. Da der Begriff ‚Sozialismus‘ ‚geschichtlich viel zu stark belastet‘ sei, müsse gegen die Verwendung dieses Begriffes in Verbindung mit ‚christlich‘ Einspruch erhoben werden. Zu verweisen sei auf die Enzyklika ‚Quadragesimo anno‘.
4. Scharf zu kritisieren sei, daß die Kölner Leitsätze keinen Deutschland als Staat be-

⁶⁹ Wieck, Entstehung, S. 91.

⁷⁰ Ebd., S. 92.

⁷¹ Ebd., S. 90.

⁷² Ebd., S. 92. .

treffenden Passus enthielten. „Ein solcher Satz fehlt überhaupt unter den 20 Punkten“⁷³.“

Im August entstand ein zweiter Entwurf der „Barmer Richtlinien“, der die Kritik Pfarrer Lutzes berücksichtigte. Die Bedeutung der Barmer Richtlinien lag in ihrer Option für eine christlich-demokratische Partei. Dem Eintreten für einen solchen Zusammenschluß lagen Vorträge von Pfarrer Lutze zu Grunde, deren Grundideen bei den Wuppertaler Diskussionen die „herrschende Meinung“ gewesen sein dürften⁷⁴. In seinen Überlegungen⁷⁵ geht Lutze aus von dem Problem des Christen in der Welt. Nach evangelisch-lutherischer Theologie stehe der Christ in einer starken Spannung, d. h. in einem ständigen „ja“ und „nein“ zur Welt. Er sage „ja“, weil die Welt Gottes Schöpfung sei, und zugleich „nein“, weil die Welt unter der Sünde stehe. Diese Spannung wirke sich entscheidend auf das Verhältnis des Christen zur Politik und damit zu den politischen Parteien aus. Die Bildung einer christlichen Partei beruhe – geschichtlich gesehen – auf zwei Voraussetzungen: der Demokratie und dem Säkularismus. „Die moderne Demokratie ist eine Erscheinungsform des Säkularismus.“ Andererseits habe die Demokratie den Säkularismus entscheidend gefördert⁷⁶. Die modernen politischen Parteien seien daher Erscheinungsformen der Demokratie. Wegen des Säkularismus als geschichtlicher Voraussetzung der Demokratie müsse der Christ trotz des „ja“ zur Demokratie und zur Politik in einer letzten Distanz zu beiden stehen. Der Säkularismus, d. h. geschichtlich gesehen der Liberalismus, habe nicht den Glauben an die Würde des Christenmenschen, sondern an die des autonomen, guten Menschen proklamiert und habe den Menschen auf diese Weise individualisiert und atomisiert. Der Einzelne sei so aus allen sozialen, geistigen und religiösen Bindungen herausgelöst worden und als „Individuum die letzte bestimmende politische Instanz“ geworden⁷⁷.

So sei ein „ja“ zur Demokratie auszusprechen, gleichzeitig aber ein „nein“ zu den Hintergründen allen modernen demokratischen Wesens in Gestalt des Säkularismus. Diese Position bestimmte für Lutze auch das Verhältnis des Christen zu den Parteien. Da der Christ die Demokratie anerkenne und bejahe, bejahe er auch die „Tatsache der Parteien“⁷⁸. Diese seien das „Spiegelbild der sozialen Schichtung“ und unterschieden sich in ihrer Zusammensetzung durch verschiedene Meinungen und Anschauungen, verschiedenartiges Milieu und ihre Lebensgeschichte. Ist es nun möglich, fragte Lutze, daß der Christ entsprechend seiner Herkunft und Prägung „bewußt als Christ seinen Einfluß in einer der Parteien“⁷⁹ seiner Wahl geltend macht? Für diese Gedanken spreche zwar vieles, doch mache eine gründliche Analyse der „Struktur des deutschen politi-

⁷³ Wieck, Entstehung, S. 95.

⁷⁴ Ebd., S. 93.

⁷⁵ Pfarrer Lutze, Ist in evangelischer Sicht eine christliche Partei nötig oder möglich? Köln (1946), Heft Nr. 6 der Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes. Der Vortrag wurde gehalten am 5. Dezember 1945.

⁷⁶ Ebd., S. 3.

⁷⁷ Ebd., S. 4.

⁷⁸ Ebd., S. 5.

⁷⁹ Ebd., S. 5 f.

schen Lebens“ klar, „daß der Weg des Christen in andere Parteien hinein ein gefährlicher, ein schwieriger, ja ein aussichtsloser Weg ist. Es ist der *Säkularismus*, dem die anderen Parteien mehr oder weniger alle verfallen sind, der uns zwingt, als Christen gesondert vorzugehen⁸⁰.“ Im Grunde genommen sei man in allen (anderen) Parteien – wie es die Parteiprogramme auswiesen – davon überzeugt, „daß der Mensch aus eigener Kraft die neue Erde schaffen könne, auf der Gerechtigkeit wohnt. Was die verschiedenen Parteien über die Ursache des Zusammenbruchs sagten, sei erschreckend und offenbare einen erschütternden Mangel an letzter Einsicht in unser aller Schuldverflochtenheit. Das furchtbare Schicksal der Deutschen habe aber seine letzte Ursache in dem „Aufstand des deutschen Menschen gegen den lebendigen Gott“. Dies würden aber alle die Menschen nicht erkennen, die keine letzte Ausrichtung mehr an der Offenbarung Gottes hätten und daher gerade mit dem „grundsätzlichen Denken“, das dem deutschen Menschen eigen sei, der Ideologie und damit der Dämonie verfielen. Der Mensch, der aber um seine Sünde wisse (und um die Gnade), sei allein „wahrhaftig nüchtern“. So dränge das „ja“ und „nein“ des Christen zur Welt und zur Politik (exklusiv) „in eine *christliche Partei*“⁸¹. „In dem Worte *Partei*“ komme zum Ausdruck, daß man „wirklich mit Ernst die politica, den Staat, wolle.“ „Aber in dem Wort *christlich*“ liege die „letzte Distanz von allen den anderen Mächten, die heute das politische Leben gestalten wollen“. „Wir wissen um die Fremdheit des Christen in der Welt, wir wissen um unsere Pilgrimschaft“. Aber das Wort „christlich“ besage auch, „daß Jesus Christus der Herr sein will auch über der Welt des 20. Jahrhunderts“.

Man war sich im Wuppertaler Kreis darin einig, daß die eigentliche Motivierung dieser Partei nur von einer relativ kleinen Gruppe von Menschen wirklich möglich sei, d. h. nur von ihr wirklich „gelebt werden könne“, und daß die Verständigungsmöglichkeit über eine „Politik aus dem Glauben“ mit den sogenannten „Kulturprotestanten“ und mit der Mehrheit der Katholiken nicht leicht sei. „Die Kulturprotestanten und Katholiken“, so formulierte es Otto Schmidt, „könnten sich viel besser verstehen als beide mit den ‚radikalen und nüchternen‘ Protestanten“⁸². Die Wuppertaler wollten aber „selbstverständlich auch die Mitglieder der Partei anerkennen, die nicht die radikalen (religiösen) Grundlagen, sondern nur die politischen Ziele anerkennen“, was letztlich bedeutete, daß die neue Partei trotz ihres religiös-elitären Charakters auch religiös ungebundene Mitglieder umfassen sollte. Wieck bezeichnet dies als „Zugeständnis auch an den angestrebten Massencharakter der Partei“⁸³. Dennoch lassen die Ausführungen Lutzes und die Bemerkung Schmidts deutliche Vorbehalte gegenüber einer Zusammenarbeit mit den Katholiken und den freisinnigen Liberalen erkennen. Diese Vorbehalte dürften sich nicht zuletzt auf die Kölner Leitsätze gestützt haben. Umgekehrt hatten aber die (katholischen) christlichen Sozialisten im Walberberger Kreis, wie der Brief von Albers an Kaiser zeigt, selbst im Januar 1946 noch keine konkreten Bedenken gegen eine

⁸⁰ Ebd., S. 6.

⁸¹ Ebd., S. 7.

⁸² Wieck, Entstehung, S. 97.

⁸³ Ebd.

im Sinne ihrer Programmatik erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Protestanten, obwohl es nicht an entsprechenden Mahnungen von Kollegen außerhalb des Kölner Kreises (Elfes u. a.) gemangelt hat, und obwohl auch – am 4. Oktober 1945 – der Wuppertaler Dechant Goebler gegenüber dem Generalsekretär der rheinischen CDP, dem Gewerkschafter Dr. Zimmermann, entsprechende Befürchtungen deutlich werden ließ: „Die Anhänger der Zentrumspartei fühlen sich als Minderheit der Diaspora in der Christlich-Demokratischen Partei erdrückt und glauben, stärker zu sein, wenn sie allein gehen⁸⁴.“

Zum erstenmal standen sich die „evangelische“ und die „katholische“ Position bei der offiziellen Gründungsversammlung der CDU des Rheinlandes am 2. September 1945 in Köln gegenüber. Die Rede Otto Schmidts aus Wuppertal gab erstmals einem Evangelischen „die Möglichkeit, sich in dem neuen Rahmen in einer repräsentativen Kundgebung zu äußern“⁸⁵. Schmidt ging aus von den Ereignissen der vorangegangenen Jahre, die er als das „Gericht“ wertete, das über die Menschen hinweggegangen sei. Desse tieferen Sinnzusammenhang würde man verkennen, wenn man es nicht als einen „Ruf zur Umkehr, zur Buße, zur Sinnesänderung in der Tiefe“ verstehen würde. „Ein solcher Ruf ist an uns ergangen. Das ist die Gnade mitten im Gericht⁸⁶.“ Vor dem Aufbau einer neuen politischen Ordnung müsse man sich völlig klar werden „über den hinter uns liegenden Irrweg und seine Gründe“. Die Welt sei „ihrem Wesen nach notwendigerweise, wenn auch oft verhüllt, antichristlich, weil der Mensch in seiner Selbstherrlichkeit sich für das Maß aller Dinge hält“. Dies habe das Deutschland der letzten 12 Jahre brutal gezeigt. Man habe dem „Tier aus dem Abgrund im Sinne der Johanneischen Apokalypse ins Auge gesehen“ und sei von ihm gewarnt worden. Aber dieses Ungeheuer sei trotz seines äußeren Sturzes „nicht aus den Herzen der Menschen gewichen“. Der Antichrist habe „starke Bundesgenossen unter allen Menschen, die ihrer Macht und ihren Weltanschauungen vertrauen und in dem Lichte ihrer Interessen und Anliegen das Erlebte als Episode verharmlosen möchten“. Mit der „Beseitigung von Einrichtungen und der Auswählung von Personen“ sei nicht schon das Grundlegende getan. Man müsse sich wieder erinnern des Herrschaftsanspruchs Christi an die Welt und seines Rufes „zum Gehorsam gegen die Gebote Gottes“. Aber „von dem Geist der Gottes- und Bruderliebe, die Christus als den Angelpunkt aller Gebote Gottes erkannte, sind wir so weit entfernt wie vom Paradies“. Offenbar wußte ein Teil der Zuhörer die Ausführungen Schmidts nicht zu orten. Denn Schmidt fuhr fort: „Ich sehe wieder unter uns solche, die mir als einem Schwärmer jetzt widersprechen möchten, die sagen, das gehört auf die Kanzel, was hat das mit der Politik zu tun, er verwechselt die politische Arbeit mit der Arbeit der kirchlichen Gemeinschaft“.

Im Anschluß an Otto Schmidt sprach der katholische Gewerkschaftsführer Michael Rott aus Bonn in Vertretung seiner Kollegen Johannes Albers und Karl Arnold. Die

⁸⁴ Wieck, Entstehung, S. 97.

⁸⁵ Schwering, Vorgeschichte, S. 46.

⁸⁶ Dieses und die folgenden Zitate entstammen dem Protokoll der Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei Rheinland vom 3. August 1945. HAStK 1193 – 347. Auszüge der Rede auch bei Schwering, Vorgeschichte, S. 46 ff.

Ausführungen Rotts waren gegenüber seinem Vorredner Schmidt rein pragmatisch, bisweilen sogar radikal und klassenkämpferisch. Bedeutete für den christlichen Realismus Politik aus christlichem Glauben primär eine religiös-sittliche Gesinnung, die der Politiker als Christ bzw. als einzelverantwortliches Wesen vor Gott zu verantworten hat, so daß die politisch-programmatische Ordnung gemessen am Anspruch Christi relativ und sekundär ist, so forderte das Christliche den Gewerkschafter geradezu heraus zum Handeln: „Das Wort ‚christlich‘ verpflichtet . . .“. Diese Verpflichtung war für Rott mit den Kölner Leitsätzen zu einem wesentlichen Teil schon eingelöst worden. Man habe um dieses Programm hart gerungen und sich bei seiner Erarbeitung „nicht nur Liebenswürdigkeiten gesagt“.

Offenbar war dem Gewerkschafter die Kritik der Wuppertaler, die die christlich-sozialen Kräfte bzw. die Autoren der Kölner Leitsätze wegen ihres unbedingten Glaubens an die Gesundung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch eine aus dem Naturrecht abgeleitete „christliche Sozialreform“ als „Demagogen“ hinstellte, bekannt geworden. Rott verneinte diesen Vorwurf ausdrücklich, als er darauf verwies, daß die Walberberger Leitsätze den christlich-demokratischen Geist wiedergeben würden, so daß wegen der Orientierung am Christentum die Gefahr der Demagogie ausgeschlossen sei.

Sowohl die Art und Weise, wie die christlichen Sozialisten zu diesem frühen Zeitpunkt sich für ihre sozialprogrammatischen Ideen engagierten, als auch die Zurückhaltung der Evangelischen haben ihre Ursachen in der mit der jeweiligen religiösen Glaubenshaltung zusammenhängenden psychologischen Verfaßtheit von Katholiken und Protestanten⁸⁷. Symptomatisch dafür ist die unterschiedliche Beurteilung des Dritten Reiches durch Schmidt und Rott. Während Schmidt geradezu skrupulös seine eigene und aller anderen Christen Mitverantwortung am Nationalsozialismus (ihn sieht Schmidt als das Gericht Gottes) bekennt, weil alle Menschen Sünder seien und daher nie Gewißheit erlangen könnten, ob sie von Gott gerechtfertigt würden, ist der Katholik Rott völlig unbefangen und optimistisch (man muß zum Verständnis der unbefangeneren „katholischen Haltung“ die pastoral-theologische Bußpraxis berücksichtigen, die die Vergebungsbereitschaft Gottes betont, sofern sich der Mensch um ein „christliches“ Leben bemüht, ferner die Position der katholischen Dogmatik, die gegenüber der evangelischen stärker den Gnadenstand des Christen hervorhebt)⁸⁸.

Durch die Mitgliedschaft in der Widerstandsbewegung fühlt sich Rott in keiner Weise am nationalsozialistischen Unrechtssystem mitverantwortlich, ja die Bewegung der katholischen Arbeiterführer im NS-System ist nicht zuletzt wegen des Verlustes vieler Mitglieder zu einer zusätzlichen Triebfeder für den sozialwirtschaftlichen und politischen Neuaufbau Deutschlands im christlich-sozialen Geiste geworden, für den die von den Nationalsozialisten verfolgten und hingerichteten Arbeiterführer zu Märty-

⁸⁷ Eine hervorragende Analyse zu dieser Problematik, insbesondere zu den Unterschieden zwischen theologischer Ethik und Politik im Katholizismus und im Protestantismus, bietet der Aufsatz von Joseph Ratzinger, *Theologie und Ethos*. In: Karl Ulmer (Hrsg.), *Die Verantwortung der Wissenschaft*, Bonn 1975, S. 46–61.

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 54.

ern geworden sind. So habe die „sittliche Verpflichtung“ zum Kampf für die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft die Gewerkschafter „veranlaßt, den Grundstock abzugeben zu der Widerstandsbewegung, die man als einzigen wertvollen Beitrag des deutschen Volkes zur Bekämpfung des Nationalsozialismus gekannt hat“. „Denn gerade der christliche Volksteil, und hier gerade die Arbeiterbewegung, ist es gewesen, der die Grundlage geschaffen hat für diese Widerstandsbewegung“.

Der Nationalsozialismus bedeutete entsprechend für die Gewerkschafter nur eine Unterbrechung ihres Kampfes für die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, den man (in dem Kreis um P. Siemer) sogar widerrechtlich aufgenommen hatte. Damit hatten aber – nach Rotts Auffassung – die christlichen Gewerkschafter nicht nur hinlänglich ihre geistige Distanz zum vorangegangenen System unterstrichen, sondern zugleich zu erkennen gegeben, daß ihre geistige Neubesinnung schon längst begonnen hatte, wie dies die aus dem „Testament der Blutzengen“, Weltys „Was nun?“, hervorgegangenen Kölner Leitsätze intendierten: Sie wurden den „offiziellen“ Gründungsmitgliedern als Dokument dieses christlich-sozialistischen Erneuerungswillens unterbreitet⁸⁹.

Die Leitsätze waren zwar nur eines von 15 verschiedenen Programmen der rheinischen Gründerkreise und offiziell nur für die Kölner Gruppe gültig, doch überwogen sie die anderen Entwürfe, die teilweise vom Walberberger Programm beeinflusst waren, bei weitem an Bedeutung. Dies lag nicht zuletzt an der dominierenden Rolle, die der Kölner Kreis in der rheinischen Landespartei spielte. In ihren Grundzügen wurden die Leitsätze auch von der westfälischen Partei angenommen, die am gleichen Tag wie die rheinische Partei in Bochum gegründet wurde. Dabei referierte der westfälische Parteivorsitzende, L. Lensing, eingehend die Sozialparagrafen⁹⁰. Die beiden Gründungsversammlungen in Köln und Bochum kamen überein, trotz der organisatorischen Trennung ein Parteiprogramm für beide Landesparteien zu erarbeiten. In die neue Programmkommission beriefen die beiden Landesparteien je acht Vertreter. Der Kommission „war als Leitstern gegeben, daß die Walberberger Arbeit auch für die neue Gestaltung im Wesen nicht verändert werden dürfe“⁹¹.

In der rheinischen Gründungsversammlung bildeten neben der Programmfrage die Wahlen zum Vorstand einen weiteren Höhepunkt. Das Kölner Organisationskomitee schlug einen siebenköpfigen Rat der Vorsitzenden vor, dem Konrad Adenauer, Johannes Albers, Jakob Deselars, Änne Franke, Robert Lehr, Robert Pferdenges und Leo Schwering (der als Geschäftsführender Vorsitzender diesen Rat leiten sollte) angehörten. Ferner wurden 23 Vorstandsmitglieder gewählt, darunter die Gewerkschafter Karl Arnold, Johann Ernst, Bernhard Kaes, Emil Marx und Michael Rott⁹². Konrad Adenauer war als einziger in Abwesenheit gewählt worden. Er verhielt sich jedoch zum

⁸⁹ Vgl. Protokoll der Gründungsversammlung der CDP vom 2. September 1945, a. a. O. – Nicht zuletzt wegen des Optimismus, den das Walberberger Programm hinsichtlich der politischen Neuordnung ausstrahlte, wurde es von Pfarrer Lutze als „demagogisch“ verurteilt. Vgl. Wieck, Entstehung, S. 95.

⁹⁰ Schwering, Frühgeschichte, S. 123, S. 126.

⁹¹ Ebd., S. 141.

⁹² Ebd., S. 131.

Führungsgremium der CDP – auch vor dem Verbot parteipolitischer Betätigung durch die britische Besatzungsmacht (vom 6. Oktober bis zum 13. Dezember 1945) – äußerst distanziert. Der Kölner Oberbürgermeister nahm weder auf organisatorische noch programmatische Entwicklungen Einfluß⁹³. Die Programmkommission der rheinischen und westfälischen CDP erarbeitete die neuen Richtlinien in drei Sitzungen, die am 28. September in Bochum sowie am 5. und 12. Oktober 1945 in Düsseldorf stattfanden⁹⁴.

Wie haben die Protestanten ihre „Politik aus dem Glauben“ mit den christlich-sozialen Grundsätzen der wesentlich pragmatischer eingestellten alten Zentrums Politiker in Einklang bringen können? Denn schließlich war nach Pfarrer Lützes scharfer Kritik am christlichen Sozialismus und an den Kölner Leitsätzen zu erwarten, daß die Wuppertaler Protestanten in theoretischen und praktischen Fragen nicht so nachgiebig sein würden wie die beiden evangelischen Vertreter in Walberberg, Pfarrer Encke und Rechtsanwalt Fuchs, die den sozialreformerisch-sozialistischen Standpunkt der Dominikaner weitgehend teilten⁹⁵. Tatsächlich standen die Dinge, wie Leo Schwering, der auch die Beratungen zum neuen Programm leitete, schrieb, „auf des Messers Schneide. Aber immer wieder gelang es, eine Brücke zu bauen, und zwar auf ganz natürliche Weise“⁹⁶.

Als das entscheidende Novum beurteilten fast alle Historiker den Wegfall des Begriffs „christlicher Sozialismus“ und werteten dies meist als Zurückdrängung der christlich-

⁹³ Eine direkte oder indirekte Einflußnahme Adenauers auf den CDU-Gründerkreis in Köln läßt sich aus dem bisher bekannten Quellenmaterial nicht belegen. Entsprechend sind die Ausführungen von Franz Focke, *Christlicher Sozialismus*, S. 209 ff., Adenauer habe schon im Jahre 1945 zusammen mit dem Wuppertaler Kreis den christlichen Sozialismus „zurückgedrängt“, nicht haltbar. Auch Rudolf Morsey schließt eine politische und programmatische Einflußnahme Adenauers auf den Gründerkreis aus und nennt dafür drei überzeugende Gründe: 1. Das von der Militärregierung ausgesprochene Verbot für Adenauer, sich parteipolitisch zu betätigen; 2. die Eigenschaft Adenauers, „bei nicht ganz geklärten Verhältnissen“ Vorsicht walten zu lassen; 3. die Ablehnung einzelner Mitglieder des Kölner Gründerkreises (insbesondere Leo Schwerings) und dessen starke Betonung des christlichen Sozialismus. Morsey, *Adenauers Aufstieg*, S. 39. Im Nachlaß Schwerings befinden sich zahlreiche Anmerkungen des ersten rheinischen Parteivorsitzenden und CDU-Historikers zu Adenauers parteipolitischer Zurückhaltung im Jahre 1945. Besonders verwiesen sei auf einen Bericht Schwerings vom 12. Februar 1962, in dem es heißt: „Niemals nahm er auch nur den geringsten Einfluß“ auf die rheinische Partei im Jahre 1945. – HASTK 1193 (Fasz. VIII, 1).

⁹⁴ Das zweite Parteiprogramm der Christdemokraten trug die offizielle Bezeichnung „Leitsätze der Christlich-Demokratischen Partei in Rheinland und Westfalen“. Wegen seiner starken Anlehnung (besonders in den Sozialparagrafen) an die in Walberberg ausgearbeiteten Kölner Leitsätze, die offiziell „Vorläufiger Entwurf zu einem Programm der Christlichen Demokraten Deutschlands“ hießen, wurde auch dieses Programm als „Kölner Leitsätze“ (meist mit dem Zusatz: „Zweite Fassung“) bezeichnet.

⁹⁵ Wieck, *Entstehung*, S. 75.

⁹⁶ Brief von Schwering an Lensing vom 12. Oktober 1945, zitiert nach Wieck, *Entstehung*, S. 129. Zu den Programmberatungen vgl. auch Schwering, *Frühgeschichte*, S. 137 ff. Auf theologische und politiktheoretische Probleme geht Schwering jedoch nicht näher ein.

sozialistischen Grundsätze, deren „antikapitalistische Spitzen (damit) gebrochen“ worden seien⁹⁷. Die Protokolle der Programmsitzungen weisen jedoch aus, daß die Auseinandersetzungen zwischen den jeweiligen Vertretern geführt wurden, ohne daß wesentliche ordnungspolitische Fragen tangiert wurden.

Viel stärker als diese beschäftigte die Programmkommission – und hier vor allem die evangelischen Mitglieder – das Verhältnis von Religion und Geschichte und die „Abgrenzung des Christlichen vom Politischen“⁹⁸. Das Protokoll der ersten Programmsitzung hält eingangs fest: „Übereinstimmend wurde festgestellt, daß ein eigentliches Programm mit detaillierter Stellungnahme zu allen Fragen des staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens langer Vorarbeiten bedürfe und nicht Aufgabe der Kommission sei. Demzufolge wurde beschlossen, sich auf die Ausarbeitung von Richtlinien oder Leitsätzen zu beschränken . . . (und) die Kölner Leitsätze Punkt für Punkt durchzusprechen und dabei insbesondere Programmentwürfe von Münster, Wuppertal und Wattenscheid mit heranzuziehen“⁹⁹.

Diese vor allem technisch und terminlich notwendigen Beschränkungen der Kommission kamen den theologischen Intentionen der Evangelischen entgegen. Sie wollten ihre grundsätzliche Position durch entsprechende Formulierungen des Verhältnisses von Religion und Politik im Programmtext verankert wissen und beantragten, die Präambel mit den Sätzen einzuleiten: „Gott ist der Herr der Geschichte und Völker, Christus die Kraft und das Gesetz unseres Lebens“. „Er ist der Gesetzgeber aller Lebensordnung. Er hat allen Menschen und damit auch dem deutschen Volk in Christus das Heil angeboten“. Diesem Antrag, so heißt es im Protokoll weiter, „wurde heftig widersprochen mit der Begründung, in einem politischen Programm dürften religiöse Aussagen, die grundsätzlich Platz in einer Präambel hätten, nur insoweit gemacht werden, als es sich um die Wirkung des Religiösen im Raum der Politik handelt . . .“¹⁰⁰.

Den Katholiken (Schwering nennt sie „die an die Pragmatik des Zentrums seit Jahrzehnten gewöhnten Freunde“), schienen die Vorschläge der Evangelischen aus „Zweckmäßigkeitsgründen“ „bedenklich“. Die Protestanten hingegen sahen diese Formulierungen der Präambel als unverzichtbar an, da sie ihr grundsätzliches Verhältnis als Gläubige zum Politischen und damit auch ihr Verständnis der Proklamierung politischer Ordnungsgrundsätze zum Ausdruck brachten: Sofern die Evangelischen nämlich theologisch argumentierten – und dies war in der ersten Nachkriegsphase vornehmlich der Fall –, konnten sie nur die Unzulänglichkeit jeglicher menschlicher, d. h. politischer Ordnung betonen, die theologisch gesehen allenfalls eine Notordnung sein kann. Nur von hierher läßt sich auch die Ablehnung des christlichen Sozialismus im Programm verstehen: Der Begriff fiel weg, ohne daß bei den neuen Programmbera-

⁹⁷ Ambrosius, Durchsetzung, S. 25.

⁹⁸ Protokoll der 2. Sitzung der Programmkommission für Rheinland und Westfalen am 5. Oktober 1945 in Düsseldorf. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin (künftig: ACDPStA), Nachlaß Lensing.

⁹⁹ Protokoll der 1. Sitzung der Programmkommission für Rheinland und Westfalen am 28. September 1945 in Bochum. HStAD – RWN, 119 – 5.

¹⁰⁰ Protokoll der 3. Sitzung der rheinisch-westfälischen Programmkommission vom 12. Oktober 1945, zitiert nach Wieck, Entstehung, S. 127.

tungen über Wirtschaftsordnungsfragen diskutiert wurde, weil die (evangelische) Politik aus dem Glauben keine Präferenz für ein bestimmtes Wirtschaftssystem kennt, erst recht kein christlich bzw. theologisch legitimes. Ein christliches bzw. theologisches Ethos kennt die evangelische Theologie nur in der Individualethik, weswegen der Protestantismus nicht von einer christlichen, sondern lediglich von einer evangelischen Sozialethik spricht, die sich als ametafysisch versteht. Da auch die evangelische Sozialethik betont individualistisch ist (sie hebt vor allem die soziale *Gesinnung* des einzelnen Christen hervor), ist deren Eigentums- und Wirtschaftsauffassung a priori individualistisch-liberal. Obwohl von hierher für die Evangelischen eine betont soziale bzw. sozialistische Gesellschaftsordnung als Regelfall undenkbar war, stand eine gesellschaftspolitisch begründete Ablehnung eines (christlichen) Sozialismus bei den Programmberatungen gar nicht zur Disposition, da die evangelischen Vertreter, vor allem Otto Schmidt, zu jenem Zeitpunkt primär um die theologische Fundierung ihrer Politik aus dem Glauben bemüht waren. Die Ablehnung des „christlichen Sozialismus“ durch die Protestanten erfolgte also nicht wegen der Ordnungsgrundsätze der Gewerkschafter, sondern vielmehr wegen der für die christlichen Realisten unhaltbaren Verbindung der Begriffe „Sozialismus“ und „christlich“. So konnten die Walberberger Sozialparagrafen – sie wurden nur „durchgesprochen“ – angenommen werden, da die Evangelischen durch die religiösen Intentionen der Präambel ihre zum damaligen Zeitpunkt noch vorhandene Distanz zur politisch-programmatischen Neuordnung hinlänglich dokumentiert sahen und die Walberberger Leitsätze wegen ihrer wirtschaftsordnungspolitischen Unbestimmtheit breit interpretierbar waren.

In der Präambel kam man dann zu einem Kompromiß, deren I. Teil „evangelisch“ und deren Überleitung zu den Programmpunkten (II. Teil) „katholisch“ ist. Schmidt formulierte: „Gott ist der Herr der Geschichte und der Völker, Christus die Kraft und das Gesetz unseres Lebens. Die deutsche Politik unter der Herrschaft des Nationalsozialismus hat diese Wahrheit geleugnet und mißachtet. Das deutsche Volk ist deshalb in die Katastrophe getrieben worden“. Im Sinne des christlichen Realismus der Evangelischen bedeutete dies neben dem religiös-politischen Verständnis („Politik aus dem Glauben“) auch eine Kritik am Nationalsozialismus im Sinne der Eröffnungsrede des Wuppertaler Rechtsanwalts.

Offensichtlich hatte der Katholik Schwering für die evangelische Theorie des Sozialen kein Verständnis. Denn der Augenzeuge und erste CDU-Historiker konstatiert in seinen drei parteigeschichtlichen Untersuchungen über die CDU, das Walberberger Programm und das rheinisch-westfälische seien „in Wahrheit ein und dasselbe“¹⁰¹. Er bemerkt lediglich, daß die neue Präambel, der seine eigene zum Opfer gefallen sei, „einen entschieden christlicheren Zug als die alte“ trage; doch scheint er dies nicht auf die

¹⁰¹ Die Identität bezieht Schwering insbesondere auf die Sozialparagrafen. Vgl. Schwering, Entstehung, S. 26; ders., Vorgeschichte, S. 63; ders., Frühgeschichte, S. 141. Hier heißt es: „Der Kommission war als Leitstern gegeben, daß die Walberberger Arbeit auch für die neue Gestaltung im Wesen nicht verändert werden dürfe. . . . Die Sozialpunkte blieben, wie erwartet, unangetastet. Gerade sie waren grundsätzlich und im Kampf gegen das Zentrum unentbehrlich.“

Substanz zu beziehen, wenn er als weitere Charakterisierung lediglich bemerkt, daß die neue Fassung „viel kürzer (sei), beides Vorzüge, die nicht gering zu veranschlagen sind . . .“¹⁰². Schwering übergeht denn auch die wichtigste Protokollnotiz, die ihm offensichtlich unbedeutend schien: Bei den Formulierungen der neuen Präambel, so heißt es, „trat der theologische Gegensatz zwischen katholischer und evangelischer Dogmatik bezüglich des Zustands der menschlichen Natur nach dem Sündenfall zu Tage. Es bestand jedoch volle Einigkeit darüber, daß eine Formulierung gefunden werden müsse, die den theologischen Bedenken beider Kirchen gerecht würde und daß insbesondere die zahlenmäßig schwache Vertretung der evangelischen Seite . . . in keiner Weise zur Geltung kommen dürfe. Dr. Schmidt – Wuppertal – vertrat den evangelischen Standpunkt mit Entschiedenheit . . .“¹⁰³.

Die in dieser Passage angesprochene Lehre von der Erbsünde ist eine Grundthese der theologischen Anthropologie, in der die katholisch-metaphysische und die ametaphysisch-realistische evangelische Sozialtheorie ihre Wurzel haben, und auf die beide Konfessionen ihr unterschiedliches Verständnis politischer Herrschaft zurückführen. Nach katholischer, thomasischer Lehre ist durch die Erbsünde die menschliche Natur zwar verletzt, aber nicht beschädigt, die natürliche Neigung des Menschen zur Tugend wurde dadurch nur gemindert, nicht aber vollends zerstört. Die ontologische, d. h. die das göttliche Zeichen tragende Grundstruktur des Menschen blieb erhalten. Deshalb ist es auch nach dem Sündenfall noch möglich, Politik und Ethik aus der Menschennatur heraus zu begründen. Die politische Ordnung ist im Rahmen der göttlichen Ordnung sinnvoll, so daß sozialphilosophisch-theologisch begründete Prinzipien zur Gestaltung der Gesellschaftsordnung herangezogen werden können. Nach lutherischer Auffassung, die sich an Augustinus orientiert, wurde durch den Sündenfall die ontologische Struktur des Menschen vollends zerstört. Die harmonische Ordnung des Seins ist damit zerfallen. So stehen Gesetz und Evangelium, göttliche und weltliche Ordnung in einem starken Gegensatz. Die gesellschaftlich-politische Ordnung des „natürlichen“, d. h. gottfernen Menschen läuft nach eigenen Gesetzmäßigkeiten ab und steht grundsätzlich unter der Sünde. Christliches Leben kann sich niemals in einer „christlichen Gesamtlebensordnung“ (Welly) vollziehen, sondern bedeutet die Gesinnung des Individuums, das seine sittliche Haltung an den Geboten Gottes und Christi auszurichten hat, sich aber der Rechtheit seines Ethos stets vergewissern muß, ohne jedoch Gewißheit zu erlangen.

Um diesen „Grundanschauungen beider Kirchen“ (so das Protokoll) gerecht zu werden, formulierte der Gewerkschafter Karl Arnold im Anschluß an Schmidt den „katholischen“ Teil der Präambel: „Rettung und Aufstieg hängen ab von der Wirksamkeit der christlichen Lebenskräfte im Volk. Deshalb bekennen wir uns zum demokratischen Staat, der christlich, deutsch und sozial ist. Unsere politische Arbeit wird daher von folgenden Grundsätzen bestimmt sein.“ Die Formulierung „Wirksamkeit der christlichen

¹⁰² Brief von Schwering an Lambert Lensing vom 12. Oktober 1945, zitiert nach Wieck, Entstehung, S. 129.

¹⁰³ Protokoll der Programmkommission vom 28. September 1945, HStAD – RWN – 119 – 5.

Lebenskräfte im Volk“ ist formal die Überleitung von den Formulierungen Schmidts zu denen des Gewerkschafters Karl Arnold. Inhaltlich ermöglicht die Formulierung, die neuen Leitsätze im christlich-realistischen und im christlich-sozialistischen Sinne zu interpretieren. Denn im Sinne der Katholiken vermag der Begriff „christliche Lebenskräfte“ die aus der christlichen Soziallehre abgeleiteten Forderungen nach einer Zuständereform zum Ausdruck zu bringen, die seit der Essener Gewerkschaftstagung im Jahre 1920 mit dem sog. „Stegerwaldschen Vierklang: deutsch, christlich, demokratisch, sozial“ umschrieben wird. Im Sinne der evangelischen Sozialtheorie kann der Satz: „Rettung und Aufstieg hängen ab von der Wirksamkeit der christlichen Lebenskräfte im Volk“ in Verbindung mit der Einleitung von Schmidt verstanden werden als Forderung nach einer neuen Gesinnungsethik, d. h. nach einer „Politik aus dem Glauben“, deren politisches Programm nur relativ und daher stets unvollkommen ist und sein muß im Hinblick auf die Vollkommenheit Gottes; insofern kann nie ein politisches Programm das Gesetz evangelischen Handelns in der Politik bestimmen, sondern allein maßgebend ist das Gesetz Christi.

Die Tatsache, daß die Evangelischen primär theologisch argumentierten und ordnungspolitisch sehr zurückhaltend waren, darf nicht interpretiert werden, als seien sie politisch-programmatisch völlig indifferent gewesen. Würde man dies annehmen, dann müßte man – aufgrund der von den evangelischen Kommissionsmitgliedern in den Grundzügen akzeptierten Walberberger Leitsätze – Gerhard Kraiker beipflichten, der feststellte, „daß sich die Protestanten den naturrechtlich argumentierenden Katholiken weitgehend angeschlossen“ hätten¹⁰⁴. Dagegen konstatiert Ambrosius, daß die CDP „von Anfang an“, d. h. seit der offiziellen Gründung der rheinischen Landespartei (d. h. ab 2. September 1945), auch liberal-bürgerliche Kräfte umfaßte, so daß der christliche Sozialismus „latent bereits in den Jahren 1945 und 1946 . . . von weiten Teilen der Union abgelehnt wurde“¹⁰⁵. Die liberal-bürgerlichen Kreise, d. h. die Protestanten und die religiös ungebundenen Mitglieder hätten aber „in der Regel in der ersten Phase kein eigenes Programm“ vorgelegt. Denn erstens, so argumentiert Ambrosius, „legten die sozialistischen Vorzeichen, unter denen die unmittelbare Nachkriegszeit stand, allen liberalen, antisozialistischen Kräften eine gewisse Zurückhaltung auf. Konservatives Festhalten an überkommenen sozialökonomischen Strukturen war ebensowenig gefragt wie die Rückkehr zu einem liberalen System freien Wettbewerbs“. Andererseits habe man in den liberalen Kreisen das „gleiche Vokabular, die gleichen Formulierungen“ wie der christliche Sozialismus verwendet, so daß man sich trotz unterschiedlicher Intentionen wegen dessen „mehrdeutige(r) Interpretation“ den Grundsätzen der christlichen Sozialisten zumindest formal habe anschließen können¹⁰⁶. Die programmatische Zurückhaltung der evangelischen liberalen Kräfte ist damit aber noch nicht hinreichend erklärt. Die Problematik der evangelischen Sozialtheorie, einerseits „Programmlosigkeit“, andererseits politischer „Normenkatalog“, soll anhand der Sozialtheorie Otto Schmidts verdeutlicht werden. Diese ist durchaus

¹⁰⁴ Kraiker, Katholizismus, S. 8.

¹⁰⁵ Ambrosius, Durchsetzung, S. 25.

¹⁰⁶ Ebd.

repräsentativ für den Wuppertaler Kreis. Wie schon in seiner Gründungsrede am 2. September 1945 in Köln, so betont Schmidt auch in seiner Schrift „Christlicher Realismus – ein Versuch zu sozialwirtschaftlicher Neuordnung“¹⁰⁷ den individualistischen, gesinnungsmäßigen Aspekt des christlichen Handelns und relativiert entsprechend die Bedeutung der Politik und einer politischen Programmatik, die allenfalls den Charakter einer „Notordnung“ bzw. eines Notprogramms haben könne. In dem Verhältnis der Individual- zur Sozialethik, so ist hier zu ergänzen, liegt eine Grundschwierigkeit des evangelischen Christen: Nur als Individuum kann der Christ „christlich“ handeln, so daß nur die Individual- oder Gesinnungsethik das Attribut „christlich“ beanspruchen kann. Dies bedeutet aber, daß die christliche (Individual-)Ethik von ihrem Selbstverständnis her politisch indifferent ist. Der christliche Realismus kann also nur insofern als „programmlos“ angesehen werden, als er letztlich auf die wirtschaftlich-politische Gesinnung des einzelnen Christen in der Politik einwirken will. „Die Ursachen des Zusammenbruches“ und die Grundlagen für den Neuaufbau, so heißt es bei Schmidt, dürfen „nicht in erster Linie in Verhältnissen und Umständen gesucht werden, sondern in dem Geist der Menschen, die sie geschaffen haben“¹⁰⁸.

Aber Schmidt bleibt nicht ausschließlich bei einer christlichen Individualethik stehen. Vielmehr will er ja gerade als Politiker – wenn auch zunächst zurückhaltend – eine gesellschaftlich-politische Veränderung herbeiführen. Dies zeigt sich schon in dem Untertitel seiner Schrift, den er noch einmal in seinen grundsätzlichen Ausführungen erläutert: „Aber es geht uns im Zusammenhang unseres Themas nicht um die sicherlich sehr notwendige und interessante theologische oder philosophische Grundlegung des christlichen Anspruchs an das öffentliche Leben, sondern um Leitlinien sozialwirtschaftlicher Neuordnung vom Standort des Christentums“¹⁰⁹.“ Der christliche Realismus erweist sich damit als eine politische Theorie, die individualethisch-christliche und sozialetisch-realistische Ideen gleichermaßen umfaßt. Somit sind programmatische Grundsätze in diesem System sehr wohl enthalten. Das entscheidende Problem, vor das sich der Analytiker einer evangelischen Sozialtheorie gestellt sieht, ist die Frage: Von welchem Standpunkt aus argumentiert der christliche Realpolitiker – vom theologischen oder vom (ameta)physischen politischen her?

Schwer erkennbar ist die an sich schon diffizile Ambivalenz des christlichen Realismus auch deshalb, weil die theologische Komponente dieses Systems einerseits die religiöse Gesinnung stark überbetont, andererseits den natürlichen Menschen massiv verurteilt, so daß auf den ersten Blick der evangelische Christ zu einer realistischen Politik kaum

¹⁰⁷ Otto Schmidt, Christlicher Realismus – ein Versuch zu sozialwirtschaftlicher Neuordnung, Köln (1946) (Schriftenreihe der Christlichen Demokratischen Union des Rheinlandes, Heft 7). Die Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes ist symptomatisch für die Entwicklung der rheinischen Union. In den Heften 1–5 stellten zunächst die christlichen Sozialisten ihr Programm vor (Scharmitzel, Albers, Arnold, Zimmermann, Sevenich). In den Heften 6, 7 und 9 legten die evangelischen Politiker Lutze, Schmidt und Gustav Heinemann ihre liberalen Ordnungsgrundsätze vor, während Adenauer erst in den Heften 8 und 10 erstmals in einem offiziellen Parteiorgan seine (allerdings modifizierten) Ordnungsideen vorlegte.

¹⁰⁸ Schmidt, Christlicher Realismus, S. 6.

¹⁰⁹ Ebd., S. 7.

in der Lage zu sein scheint. Doch ist dies ein Trugschluß. Denn, so formuliert Joseph Ratzinger das Problem von Religion und Ethos im Protestantismus: Nicht trotz „ihrer massiven Verurteilung des natürlichen Menschen“, „und nicht trotz ihrer streng theologischen und glaubensinternen Gerechtigkeits- und Heilsidee“ gelingt der lutherischen Konfession „der Kontakt mit der modernen Welt“ so gut, sondern gerade „deswegen, weil man von hier auf einen metaphysikfreien Weg pragmatischer Verständigung gewiesen war und selbst die Säkularisierung des *Usus politicus* vollzogen“ hat¹¹⁰.

In der Einleitung¹¹¹ seiner Sozialtheorie hat Otto Schmidt einen Katalog mit Kritikpunkten an der bisherigen Wirtschaftsweise zusammengestellt, der zunächst einmal eine gewisse Übereinstimmung mit dem christlichen Sozialismus und den übrigen antikapitalistischen Systemen nach 1945 beinhaltet. „Alles Eigentum ist fragwürdig geworden“¹¹², „die Voraussetzungen liberaler Wirtschaftsweise in unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage“ sind nicht mehr gegeben¹¹³, es wäre „nicht zu verantworten, nach dem Grundsatz des *Laissez-faire* den Einzelnen schlechthin auf eigene Faust wirtschaften zu lassen¹¹⁴ –, Not und Mangellage würden die dämonische Erwerbsgier auf die Bahn des Verbrechens treiben und eine geordnete wirtschaftliche Versorgung aller unmöglich machen“, eine von „Profitgesinnung“ und „Erwerbsgier“ getragene Wirtschaftsweise sei daher abzulehnen¹¹⁵.

Bei aller Kritik an den wirtschaftlich-sozialen Entartungen des Liberalismus, d. h. des Säkularismus, erkennt die christlich-realistische Theorie aber letztlich doch die liberale Wirtschaftsweise als die der „wahre(n) Natur des Menschen“ am ehesten entsprechende Form an¹¹⁶. Nach protestantischer Auffassung ist dies aber keine naturrechtlich abgeleitete Norm, da die evangelische Sozialethik ein rein säkulares Verständnis der gesellschaftlichen Ordnungsform hat: „Im Zentrum christlicher Erkenntnis steht die

¹¹⁰ Joseph Ratzinger, *Theologie und Ethos*, S. 53. – Im Gegensatz zur lutherischen Theologie neigt die katholische Theologie – negativ betrachtet – beim Versuch, Werte metaphysisch zu begründen und abzuleiten, zu einer „Überanstrengung“, wobei „das Ganze in Gefahr gerät, ins Unbegründete, Unreale, Fiktive zu entgleiten“. Ebd., S. 57.

¹¹¹ Otto Schmidt, vor 1933 völkischen Gruppen nahestehend, war Mitglied der „Bekennenden Kirche“, des evangelischen kirchlichen Zusammenschlusses der Gegner der die nationalsozialistische Ideologie mit theologischen Argumenten stützenden, sog. Deutschen Christen. Die Bewegung der Bekennenden Kirche geht zurück auf die Synoden in Wuppertal-Barmen, vom Februar und Mai 1934. Das theologische Gedankengut der Synode und der aus ihr hervorgegangenen Bewegung ist stark geprägt von der dialektischen Theologie Karl Barths, Rudolf Bultmanns und Friedrich Gogartens, die die dialektische Spannung zwischen der Jenseitigkeit und Souveränität von Gottes Offenbarung einerseits und der Diesseitigkeit und Relativität allen menschlichen Handelns andererseits betont. Otto Schmidts System des Christlichen Realismus ist von dieser Dialektik stark beeinflusst.

¹¹² Schmidt, *Christlicher Realismus*, S. 3.

¹¹³ Ebd., S. 4.

¹¹⁴ Ebd., S. 5.

¹¹⁵ Ebd., S. 4.

¹¹⁶ Schmidt, *Christlicher Realismus*, S. 7. Vgl. hierzu sowie zum gesamten Problem der evangelischen Sozialethik Fritz Rudolph, *Evangelische Sozialethik*. In: Gilbert Corman, Fritz Rudolph, *Menschenwürdige Gesellschaft*. Erster Band, S. 121–219, S. 151 ff.

Realität des gottfernen oder gottlosen Menschen, der auch nicht dadurch zu einem anderen wird, daß seine Umweltverhältnisse geändert werden¹¹⁷.“ Dennoch behauptet die evangelische Sozialethik nicht, daß der Mensch die verschiedensten Probleme des Lebens allein auf sich gestellt zu bewältigen vermöge.

Von dieser (relativ) eigengesetzlichen Dynamik her meldet der christliche Realismus seine entschiedenen Bedenken an gegen ein geschlossenes sozialwirtschaftliches System, „sei es nun der Liberalismus, der Sozialismus oder Kollektivismus“¹¹⁸. Dabei befähigt die christlich-realistische Erkenntnis, die die politische Ordnung als eigengesetzlichen Raum ansieht, zu einer äußerst zweckmäßigen und funktionsgerechten Theorie: „Christlicher Realismus wird immer eklektisch verfahren, d. h. das Beste wählen, wo es sich findet¹¹⁹.“ An anderer Stelle heißt es: „Die Sozialisierungsfrage ist keine Frage weltanschaulicher Grundsätzlichkeit, sondern wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit¹²⁰.“ Kriterien sind für den christlichen Realismus die nüchterne, sachliche und notwendige Abwägung des jeweils einzuschlagenden Weges. Trotz der Autonomie der politisch-wirtschaftlichen Sachgebiete handelt der Christ nicht völlig autonom, sondern „entscheidend ist, daß christlicher Realismus aus einer wesenhaft anderen Gesinnung heraus als all die genannten Wirtschaftsprinzipien das Wirtschaftsleben gestaltet“¹²¹. Politik aus dem Glauben appelliert daher an die Gesinnung des Christen, die „sich aus solcher Besinnung auf das, was Gott in dieser Lage gegenwärtig von uns fordert, notwendigerweise ergeben muß“. Nach christlich-realistischer Erkenntnis kann man demnach bezüglich des Handelns des einzelnen Christen von einer relativen Autonomie sprechen. Zwar behauptet nun Schmidt, daß der christliche Realismus auch dem Gemeinwohl Rechnung trage, doch wird dieses sogleich individualistisch modifiziert: Die Interessenabwägung von Einzel- und Gemeinwohl umschließt nach Schmidt nämlich „eine gewisse Ordnung der Werte“, deren liberale Intentionen unverkennbar sind. Das Wirtschaftsprinzip wird demnach nicht von der Solidarität der Gemeinschaftsmitglieder bestimmt, sondern allein vom Individuum her. Denn die „christlich-realistische Erkenntnis wird nicht die Wirtschaft nach Art der Romantik als einen Organismus ansprechen, in der einer dem anderen Handreichung tut“¹²². Im Gemeinwohl sieht Schmidt das „Wohl einer abstrakten Einheit“, so daß „immer äußerstes Mißtrauen am Platz“ sei. Eine dem Gemeinwohl konsequent verpflichtete Wirtschaft müsse daher im Kollektiv mit allen seinen negativen Erscheinungen (Uniformierung des Menschen) enden. In „echtem Gemeinwohl“ müsse der „Dienst für den Einzelnen“ erkennbar sein¹²³. Daher sei die Kollektiv- bzw. Gemeinwirtschaft selbst dann abzulehnen, wenn sie „die beste wirtschaftliche Versorgung aller garantieren würde, da die Persönlichkeit des Menschen zu einem kollektivhörigen, uniformen Mechanismus

¹¹⁷ Schmidt, Christlicher Realismus, S. 7.

¹¹⁸ Ebd., S. 12.

¹¹⁹ Ebd., S. 9.

¹²⁰ Ebd., S. 8.

¹²¹ Ebd., S. 9.

¹²² Ebd., S. 7.

¹²³ Ebd., S. 8.

herabgewürdigt“ würde. Umgekehrt liege es aber auch nicht anders: „Wenn der höchstmögliche Wohlstand aller nur mit entfesselter Profitgier in einem Kampf aller gegen alle erkaufte werden könnte, so wäre das allein schon um des Willen eine unbrauchbare Ordnung der Dinge, weil er den Menschen zu einem dämonisch Besessenen herabwürdigen würde¹²⁴.“ Entsprechend bemüht sich der christliche Realismus, wie fast alle sozialwirtschaftlichen Neuordnungssysteme nach 1945, einen sog. „dritten Weg“ einzuschlagen, wobei Schmidt, übereinstimmend mit dem christlichen Sozialismus, die Bedarfsdeckung als Ziel der Wirtschaft deklariert. Doch bestimmt Schmidt auch die Bedarfsdeckung von seiner liberalen Sichtweise her, wenn er schreibt: „Dieses Prinzip darf aber nicht dahin mißverstanden werden, als ob dieses Ziel der Bedarfsdeckung schon damit erreicht sei, daß das physisch Lebensnotwendige beigebracht wird. Nur wo ein Überschuß an Gütern vorhanden ist, kann sich ein kultureller Freiheitsraum entfalten. Dieses Ziel einer reichlichen Bedarfsdeckung kann aber nur erreicht werden, wenn der natürliche Egoismus des Menschen als Antriebskraft eingeschaltet ist und Wirkungsfreiheit hat bis an die Grenze, wo die gemeinsame Wohlfahrt verletzt wird. Dieser Freiheitsraum wirtschaftlichen Handelns braucht den lautereren Wettbewerb um die bessere und preiswertere Leistung, das ist das, was wir ‚Privatinitiative‘ nennen, die zu jeder lebendigen Wirtschaftlichkeit gehört und gehören muß¹²⁵.“

Schmidt ist sich offenbar bewußt, daß dieses von ihm beschriebene Wirtschaftsprinzip ethisch nicht wünschenswert ist, doch zeigt sich hier die typisch theologische Argumentation des christlichen Realismus, wonach die staatlich-politische Ordnung ohnehin verderbt ist und daher nur als „Notordnung“ im gottfernen Raum zu betrachten ist: Die aus dem liberalen Wirtschaftsprinzip sich „ergebende *Ungleichheit* . . . (ist) ebenso verstrickt in Schuld und Sühne wie das Prinzip egoistischen Handelns“. Daraus dürfe aber nicht der Schluß gezogen werden, als ob nach der göttlichen Schöpfungsordnung nun etwa die Gleichheit gewollt sei. Christlicher Realismus sanktioniere aber „andererseits nun auch nicht die Ungleichheit. Weiß er einerseits darum, daß die Gleichmacherei das Wirtschaftsleben ertöten würde, so erstrebt er andererseits immer wieder den *Ausgleich der Interessen*, um zu einem Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte zu gelangen¹²⁶.“ Der „Ausgleich der Interessen“ dient nach den Vorstellungen Schmidts aber nicht primär einer „gerechten Verteilung“¹²⁷ von Eigentum und Vermögen, sondern er will ein Gleichgewicht im Sinne einer geregelten Wettbewerbsordnung herstellen, damit „der naturgegebene Machtkampf im wirtschaftlichen Bereich nicht in brutale Willkürakte ausarten kann“. Der christliche Realismus, so zeigt sich, tritt damit für eine marktwirtschaftliche Ordnung ein und trennt die Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik, die im christlichen Sozialismus eine Einheit bilden. In diesem wird das Wirtschaften sowohl des einzelnen als auch der Gesamtheit immer unter dem Aspekt des Dienstes an der Gesellschaft gesehen. Aus dieser sozialen Funktion der Wirtschaft

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Ebd., S. 9.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Der Begriff „Gerechtigkeit“ bzw. „gerecht“ kommt in Otto Schmidts Schrift nicht vor.

leiten die christlichen Sozialisten ihre Forderung nach gerechter Verteilung ab, in deren Konsequenz die Planung und Lenkung der Wirtschaft in Selbstverwaltungskörperschaften liegt.

In der Frage der Wirtschaftsdemokratie scheint der Realismus eine gewisse Nähe zum christlichen Sozialismus zu haben, wenn Schmidt „ernstlich in Betracht“ zieht, „die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen wirtschaftsdemokratisch und paritätisch zu unterbauen“, weil man anerkennen müsse, daß „auch Arbeiterschaft und Angestelltenschaft an dem Wohl und Wehe ihres Wirtschaftszweiges beteiligt sind und daher auch mitraten [richtig wohl: mitberaten] wollen“¹²⁸. Aber in liberaler Modifikation des christlichen Realismus heißt Selbstverwaltung, daß „die eigentlichen Unternehmerinteressen . . . in Fachvereinigungen, die Arbeitgeberinteressen in Arbeitgeberverbänden, wie die Arbeiterinteressen in Gewerkschaften wahrgenommen werden“ sollen. Die Selbstverwaltungsorgane haben im Sinne des christlichen Realismus demnach nichts gemein mit den Selbstverwaltungskörperschaften nach christlich-sozialistischer Vorstellung, wonach die Lenkungsorgane eine gemeinwirtschaftliche Funktion haben, d. h. wonach die Lenkung der Produktion und Investition der Großindustrie von Arbeitgebern (Unternehmern) mit Arbeitern gemeinsam getätigt werden soll. In seinen Ausführungen zum Eigentum anerkennt auch Schmidt, daß u. U. „rechtmäßig erworbenes Eigentum“ in den „öffentlichen Dienst gestellt werden oder aus Gründen sozialwirtschaftlichen Ausgleichs enteignet werden darf“ („selbstverständlich nur in einem geordneten Enteignungs- und Entschädigungsverfahren mit Rechtsschutzgarantien“), doch sei es „im Sinne einer christlich-realistischen Betrachtungsweise . . . unmöglich, etwa nun ein Prinzip wie das des Interessenausgleichs zu Tode zu reiten“. Angewendet auf die landwirtschaftliche und industrielle Großproduktion bedeutet dies, daß auf keinen Fall auf die private Grundlage verzichtet werden dürfe und weder Land- noch Industriearbeiter gezwungen werden dürften, aus sozialen Gründen „Mitglieder eines Kollektivs“ zu werden¹²⁹.

Mit dem System des christlichen Realismus hatte die CDP bzw. die CDU vom Zusammenschluß der rheinischen Kreise zur Landespartei am 2. September 1945 an – also schon vor Adenauers Beitritt zu Beginn des Jahres 1946 und geraume Zeit vor Ludwig Erhards wirtschaftsprogrammatischen Aktivitäten (Beginn 1948) in der Union – ein liberal-marktwirtschaftliches Programm aufzuweisen. Otto Schmidts „Versuch zu sozialwirtschaftlicher Neuordnung“ ist aufgrund seiner geistesgeschichtlichen Grundlagen und politisch-geschichtlichen Zusammenhänge wesentlich tiefer und aufgrund des theologischen Hintergrundes ursprünglicher mit der CDU verbunden, als das von der Freiburger Schule stammende marktwirtschaftliche Programm, das erst nach der Währungsreform im Sommer 1948 in die Unionsparteien transformiert wurde. Betrachtet man nun die Veränderung der ersten Fassung der Kölner Leitsätze gegenüber der zweiten Fassung auf dem Hintergrund des christlichen Realismus, dann zeigt sich, daß die neuen Sozialparagrafen nicht bloß als sprachlich geringfügige Verbesserun-

¹²⁸ Schmidt, Christlicher Realismus, S. 11.

¹²⁹ Ebd., S. 10.

gen, sondern als im Sinne des christlichen Realismus durchaus bedeutsame Veränderungen, d. h. als liberale Modifikationen der in ihren Intentionen sozialistischen Walberberger Grundsätze zu betrachten sind. Hieß es dort: „Privatinitiative und Eigenverantwortung werden erhalten“¹³⁰, so heißt es im rheinisch-westfälischen Programm: „... werden geweckt“¹³¹. Der zweite Unterschied in den jeweiligen Paragraphen betrifft die gemeinwirtschaftliche Verfassung. Während die erste Fassung den organischen Wirtschaftsaufbau mit dem Begriff der „freien körperlichen Selbstverwaltung“ umschrieb, spricht die zweite Fassung von „öffentlich-rechtliche(n) Wirtschaftsvertretungen“. Im Sinne des christlichen Realismus bedeuteten diese aber Fachvereinigungen der Arbeitgeber und Unternehmer, nicht aber gemeinsame Planungs- und Lenkungs-gremien im Sinne der berufsständischen bzw. leistungsgemeinschaftlichen Ordnung¹³². Dem christlichen Realismus genügten also zwei geringfügige Veränderungen der an sich christlich-sozialistisch inspirierten Walberberger Leitsätze, um diese in seinem realistischen (liberalen) Sinne interpretieren zu können. Das Bedeutsame des christlichen Realismus und seines Beitrags zur zweiten Fassung der Kölner Leitsätze war, daß dieses System und die entsprechende Haltung seiner Vertreter den in der evangelischen Sozialtheorie nicht versierten Politikern – hierzu zählten sicherlich die meist katholischen christlichen Sozialisten sowie der Großteil der Katholiken innerhalb der CDP – nur sehr schwer einen Einblick in die politisch-strategischen Pläne bot. Völlig entgegengesetzt zu den liberalen Protestanten handelten die christlichen Sozialisten: In öffentlichen Großveranstaltungen im November 1945 stellten sie die Christlich-Demokratische Partei des Rheinlandes im Lichte ihrer sozialistischen Programmatik vor. In der ersten Parteikundgebung nach der Gründung der Landespartei sprach Johannes Albers am 18. November in der Kölner Universität. Das Wesen der neuen Partei werde bestimmt durch die „Grundsätze der christlichen Sitten- und Soziallehre im gesamten öffentlichen Leben, in Staat und Wirtschaft“¹³³. Dabei widersprach der Gewerkschafter einer parteipolitischen Charakterisierung der CDP, die vor allem von Evangelischen verbreitet wurde und die deren „defensive“ parteipolitische Einstellung erkennen ließ: Die neue Partei sei „kein Sammelbecken ehemaliger Parteien“¹³⁴. Im Sinne ihrer christlichen Grundlage sei die CDP nach vorne gerichtet, d. h. sie verlange, daß die Arbeiterschaft die „volle Gleichberechtigung“ erhalte, ohne daß allerdings die „Entmachtung anderer Stände“ angestrebt werde¹³⁵. Albers unterstrich, daß dieser Sozialismus eine religiöse Grundlage habe und zitierte den englischen Premierminister Attlee, der ebenso die Religion als die Grundlage der Labour-Party anerkenne. Doch zog der Gewerkschafter einen deutlichen Trennungsstrich zum Marxis-

¹³⁰ Kölner Leitsätze, 1. Fassung, § 11.

¹³¹ Kölner Leitsätze, 2. Fassung, § 16.

¹³² Diese Veränderungen in der 2. Fassung der Leitsätze gehen offenbar auf Schmidt zurück. Vgl. Schmidt, *Christlicher Realismus*, S. 9, S. 11.

¹³³ Johannes Albers, *Die Aufgabe der Christlich-Demokratischen Union im Leben des deutschen Volkes*, Köln (1946). Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes – Heft 2, S. 2.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Ebd., S. 7f.

mus, dessen Auffassung von der Diktatur des Proletariats man nicht teile. So zeichnete denn auch Albers die Ordnungsgrundsätze einer Politik des „dritten Weges“, die allerdings im Gegensatz zum christlichen Realismus vom Gemeingutprinzip ihren Ausgang nahmen. Die schöpferische Initiative der (vielen) Unternehmerpersönlichkeiten werde anerkannt als Grundlage des Wiederaufbaus. Mit gleicher Entschiedenheit vertrat Albers jedoch die Absicht, daß die Privatinitiative im Rahmen einer „sozialistische(n) Ordnung“ zu verwirklichen sei, „die jedem (Einzelbürger) sein Recht und sein Maß zukommen“ lasse, die aber den „kapitalistischen Profit“ als Triebfeder des Wirtschaftens ablehne¹³⁶.

Die in diesem Sinne skizzierten sozialwirtschaftlichen Programmpunkte waren weitgehend an die Walberberger Leitsätze angelehnt. Zum Problem der Eigentumsneuordnung zitierte er (ohne Quellenangabe) eine Passage aus „Was nun?“, in der Welty die sittliche Erlaubtheit der Sozialisierung als letzte Möglichkeit zur Gesundung der Gesellschaft rechtfertigt: „Wir müssen den Grundsatz anerkennen, daß der deutsche Staat zur Stunde das Recht hat, das Sondereigentum durch geeignete Zwangsmaßnahmen soweit in Gemeineigentum zu verwandeln, als sein eigenes Dasein und seine innenpolitische Ordnung mit dieser Wandlung stehen und fallen. Wen es trifft, (den trifft es) vielleicht hart, der soll (aber) überlegen, was ihm und seinem Besitz geschähe, wenn Mächte bei uns zur Herrschaft gelangten, die mit brutaler Gewalt eine rücksichtslose Verstaatlichung vollzögen, wie sie anderswo die Menschen um Hab und Gut gebracht hat“¹³⁷. Beim Wiederaufbau der demokratischen Einrichtungen könne man „nicht einfach an das anknüpfen, was wir 1933 verloren haben“. „Es gibt im Staatsleben der gegenwärtigen Stunde überhaupt nicht einfach Wiederaufbau, sondern ein völliger *Neubau* ist nötig, und diesen Neubau nennen wir Selbstregierung von unten“¹³⁸. Die staats- und demokratietheoretischen Betrachtungen des christlichen Gewerkschafters bedürfen einer besonderen Beachtung, da sie kaum in einer der Reden und Schriften der christlichen Sozialisten einschließlich der programmatischen Schriften Weltys so deutlich geworden sind wie hier. Vielfach wurde die geringe Berücksichtigung des staatlich-politischen Aufbaus im christlichen Sozialismus als ein (überraschendes und erschreckendes) Defizit an politischem Gehalt interpretiert. Wenngleich rein quantitativ ein solches Defizit konstatiert werden muß, so bedeutete dies inhaltlich keinesfalls eine Vernachlässigung des (macht)politischen Aspektes. Die christlichen Sozialisten sahen die politisch-demokratische Problematik vielmehr so: Die staatspolitischen, demokratischen Grundsätze, die schon die Weimarer Verfassung enthielt, d. h. die bundesstaatlich-föderative Ordnung, die parlamentarische Verfassung, die Gewaltenteilung usw.

¹³⁶ Johannes Albers, Die Aufgabe der Christlich-Demokratischen Union im Leben des deutschen Volkes, S. 9.

¹³⁷ Ebd., S. 10; vgl. mit Welty, Was nun?, S. 31.

¹³⁸ Albers, Die Aufgabe, S. 12. Vgl. zum folgenden auch die ganz ähnlichen Argumente in der bekannten Schrift von Fritz Naphtali (Hrsg.), Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Berlin 1928 (mehrere Neuauflagen), die im übrigen auch einen interessanten Vergleich der ordnungspolitischen Grundsätze der sozialdemokratischen Gewerkschafter zu den christlich-sozialen Ideen der christlichen Gewerkschafter bietet.

wurden von den Gewerkschaftern als selbstverständliche Elemente auch einer künftigen Neuordnung vorausgesetzt; doch hatte in ihren Augen die Weimarer Verfassung – abgesehen von staatsrechtlichen Mängeln wie beispielsweise dem Fehlen eines konstruktiven Mißtrauensvotums – ein entscheidendes Defizit, nämlich daß in ihr nicht – entsprechend der politischen Demokratie – in gleicher Weise auch eine Demokratie der Wirtschaft verankert war. Dieses Manko wurde als einer der wesentlichen Gründe für die sozialen und wirtschaftlichen Mißstände, die mit den Boden schufen für die nationalsozialistische Machtergreifung, angesehen. Um aber einer abermaligen liberalen Wirtschaftsordnung oder einer wirtschafts- und sozialpolitisch indifferenten Verfassung vorzubeugen, stellten die christlichen Sozialisten ihre wirtschaftsdemokratischen Forderungen stets vor die politisch-staatlichen. Im Sinne der ganzheitlichen Betrachtung von Staat und Gesellschaft und Wirtschaft schloß der christliche Sozialismus den demokratischen Staat ohnehin unbedingt ein. Doch sollte in der neuen staatlichen und sozialen Neuordnung – wegen der negativen Weimarer Erfahrung – die soziale und wirtschaftliche Demokratie nicht ein Anhängsel einer staatlichen sein, sondern diese sollte in einer „wahren(n) *Volksdemokratie*“ fest verankert sein¹³⁹.

Die von Pater Siemer propagierte Losung des „christlichen Sozialismus“ begann – ungeachtet ihrer Ablehnung durch die Evangelischen – sich im Herbst 1945 in den offiziellen Veranstaltungen und Veröffentlichungen der CDP immer stärker durchzusetzen. Karl Arnold gebrauchte in einer öffentlichen Parteiveranstaltung auf der Gründungsversammlung der Düsseldorfer CDP am 24. November 1945 die vielfach zitierte Formulierung: „... in solcher Situation entzünden wir die Fackel des *christlichen Sozialismus*, also jener Geisteskraft, die aus der kristallklaren christlichen Gesamtverpflichtung kommt . . .“. „Und diese Fackel wird nicht mehr erlöschen, solange der verpflichtende Gottesauftrag in den Seelen der Menschen wirkt: Bebauet die Erde und machet sie euch untertan! Mit der Durchführung dieses Auftrages ist die Kraft und die Stunde gekommen, um den Zustand zu brechen, daß einseitige Machtkonzentrationen in Konzernen und Wirtschaftsmonopolen eine vielfache Millionenzahl von Volksgenossen in geistige und wirtschaftliche Hörigkeit verstoßen können¹⁴⁰.“

Das Reichstreffen der CDU in Bad Godesberg

In der Gründungsphase standen die einzelnen christlich-demokratischen Zonen- bzw. Landesverbände nur in loser Verbindung zueinander. Durch das Reichstreffen in Bad Godesberg am 14., 15. und 16. Dezember 1945 sollte – nach den Intentionen der Berliner CDUD – eine engere Zusammenarbeit der einzelnen Landesverbände bzw. Parteilagergruppierungen angestrebt werden, deren Ziel eine zentrale Reichsorganisation der

¹³⁹ Albers, *Die Aufgabe*, S. 11 f.

¹⁴⁰ Karl Arnold, *Der soziale und sittliche Geist in der Demokratie*, in: CDU-Düsseldorf (Hrsg.), *Der neue Geist im neuen Staat – Der soziale und sittliche Geist in der Demokratie – Zentrum und Christlich-Demokratische Union*. Reden von Robert Lehr, Karl Arnold und Rechtsanwalt Kaufhold. Düsseldorf 1945, S. 22. – Die in der Schriftenreihe der CDU-Rheinland, Heft 3, Köln (1946), unter demselben Titel wiedergegebene Rede Arnolds enthält die Passage über den christlichen Sozialismus nicht.

CDU sein sollte. Darin wollten die Berliner, die sich schon von vorneherein als „Reichspartei“ konstituiert hatten, die Führung übernehmen. Die Führungsansprüche Berlins beruhten nicht nur auf der Prädominanz der ehemaligen Reichshauptstadt, sondern vor allem auf der Tatsache, „daß die Berliner Gründer aus allen Teilen Deutschlands stammten und daher nicht allein in Berlin verwurzelt“ waren. So sah sich die dortige Gruppe als gesamtdeutsche Repräsentation der CDU¹⁴¹. Der Anspruch der Berliner sollte vor allem darin zum Ausdruck kommen, daß sie ihr Sekretariat „Reichsgeschäftsstelle“ nannten und schon von der Gründung am 16. Juni 1945 an den Namen „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ führten. Die russischen Besatzungsmächte schoben jedoch den Plänen der Berliner einen Riegel vor: Der Initiator des Treffens, der Berliner CDU-Vorsitzende Andreas Hermes und die anderen Vorstandsmitglieder der Partei, so auch Jakob Kaiser, erhielten keine Ausreisegenehmigung. Auch die Vertreter der französischen Zonen durften nicht teilnehmen. Außerdem fehlten auch die Vertreter Bayerns, die brieflich ihre Sympathien übermittelten. Trotz der Behinderung durch die Sowjets kam es zu einem Teilerfolg der Berliner Gruppe: Es wurde immerhin erreicht, daß von diesem Zeitpunkt an alle Landesverbände – mit Ausnahme des bayerischen – einheitlich die Bezeichnung Christlich-Demokratische Union führten. Denn zuvor hatten neben Rheinland und Westfalen auch die Verbände in Großhessen, Hannover, Oldenburg, Schleswig-Holstein und Baden die Bezeichnung „Partei“ geführt. In Württemberg nannte man sich bis dahin „Volkspartei“¹⁴².

Ein weiterer Schritt der christlich-demokratischen Parteien zu einer einheitlichen Organisation war die Errichtung eines Interzonenverbindungsausschusses mit Sitz in Frankfurt, dessen Leitung Bruno Dörpinghaus übertragen wurde. Sein Sekretariat sollte die Koordination und Information zwischen den Landes- und Zonenparteien übernehmen. Neben den organisatorisch-technischen Fragen spielte auch in Godesberg die Programmfrage eine entscheidende Rolle. Es wurden ad hoc Ausschüsse gebildet, deren Grundsätze in Entschließungen niedergelegt wurden. Die „bemerkenswerteste Entschließung“ (Schwering) war die über die „wirtschaftliche und soziale Neuordnung“, in der es u. a. hieß: „Damit die von uns geforderte Wirtschafts- und Sozialordnung verwirklicht werden kann, ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtstellungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Gemeineigentum übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unserer Wirtschaft müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden. Insgesamt muß das System planvoller Wirtschaftslenkung mit der alten abendländischen Idee der freien und verantwortlichen Persönlichkeit ausgefüllt und belebt werden. So vertreten wir einen Sozialismus christlicher Verantwortung“¹⁴³.

¹⁴¹ Conze, Jakob Kaiser, S. 45.

¹⁴² Karl Zimmermann, Erste Reichstagung der Christlich Demokratischen Union in Godesberg am 14., 15. und 16. Dezember 1945, Köln (1946) Schriftenreihe der CDU-Rheinland, Heft 4, S. 3.

¹⁴³ Karl Zimmermann, Erste Reichstagung, S. 13.

Diese Entschließung des Wirtschafts- und Sozialausschusses über den christlichen Sozialismus ist in der wissenschaftlichen Literatur umstritten. Leo Schwering schreibt, daß sie auf Einflüsse des Walberberger Programms zurückgehen¹⁴⁴. Gerhard Schulz widerspricht Schwering und betont, daß die Formulierungen sprachlich eindeutig an den Berliner Gründungsauf Ruf vom Juni 1945 angelehnt sind¹⁴⁵. Während Schulz die Anlehnung an den Berliner Aufruf lediglich als eine formale Angelegenheit betrachtet, im übrigen aber hinter der Entschließung allgemein das „gewerkschaftliche Element“, also die Grundsätze der christlichen Sozialisten in Berlin und im Rheinland vermutet, widerspricht dieser Argumentation Franz Focke¹⁴⁶. Im Rückgriff der Godesberger Entschließung auf das Berliner Sozialprogramm zeichne sich auch die Unterstellung der westlichen Gewerkschafter unter die geistig-programmatische Autorität Jakob Kaisers und damit eine Umorientierung von dem sozialethisch fundierten christlichen Sozialismus der Walberberger Dominikaner zu dem sozialwirtschaftlichen und deutschlandpolitischen Konzept Kaisers ab¹⁴⁷.

Wenngleich nun die Bad Godesberger Tagung von einer gewissen Rivalität zwischen den westlichen und den östlichen CDU-Vertretern gekennzeichnet war und die Berliner Gruppe mit der Durchsetzung des Namens CDU für alle christdemokratischen Parteien (außer Bayern) und der Einrichtung eines Interzonenverbindungsausschusses gewisse Erfolge zu verbuchen hatte, so kann zu jenem Zeitpunkt weder von einer „Schwäche“ bzw. „Einflußlosigkeit“ der westlichen Sozialisten gesprochen werden, noch gab es in Bad Godesberg (und auch später nicht) zwischen diesen und ihren Berliner Mitstreitern den sozialprogrammatischen Gegensatz. Im Gegenteil: Johannes Albers schrieb wenige Wochen nach der ersten Reichstagung der Union seinem Freund Kaiser in Berlin: „Was wir hier im rheinischen Raum zum Begriff ‚Christlicher Sozialismus‘ zu sagen haben, fand ja seinen Niederschlag auf der Godesberger Tagung und wird täglich auch den breiten Volksmassen vor Augen geführt. Wir ziehen also an demselben Strick. Ost und West! Und wenn Nord und Süd dazukommen, wird auch die Frage der sozialen Gestaltung unsers Parteiprogramms zur richtigen Lösung geführt werden¹⁴⁸.“ Auch der Tagungsteilnehmer Otto Schmidt aus Wuppertal konstatiert die

¹⁴⁴ Schwering, Frühgeschichte, S. 162.

¹⁴⁵ Schulz, Die CDU, S. 57.

¹⁴⁶ Focke, Christlicher Sozialismus, S. 221. Die These der „Einflußlosigkeit“ und „Schwäche“ der westlichen Gewerkschafter ist für Focke deshalb so wichtig, da er nur auf ihrem Hintergrund die Auseinandersetzung um den christlichen Sozialismus innerhalb der CDU als eine personalisierte Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Kaiser darzustellen vermag. – Die These, daß die Godesberger Tagung und die fast gleichzeitige Gründung der Sozialausschüsse „als Zeichen der Schwäche der Arbeiterschaft“ in der CDU der britischen Zone zu bewerten sei, vertrat Focke schon in seiner Examensarbeit: Die Auseinandersetzung um den christlichen Sozialismus innerhalb der CDU in den Jahren 1945–1947. Ungedruckte Examensarbeit zur wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen, Münster 1969. Erich Kosthorst hat dieser These Fockes entschieden widersprochen. Vgl. Erich Kosthorst, Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart–Berlin–Köln–Mainz 1972, S. 19, 357, Anm. 1. – Focke geht auf den Widerspruch Kosthorsts nicht ein.

¹⁴⁷ Focke, Christlicher Sozialismus, S. 242.

¹⁴⁸ BA, Kaiser, S. 164.

Einflüsse, die die Kölner Leitsätze bzw. die westlichen Sozialisten auf die Reichstagung hatten¹⁴⁹.

Bei dieser Tagung war es demnach nicht darum gegangen, daß eine Parteigruppe der anderen ihr (gesamt)politisches oder wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept aufdrängte, sondern, wie einer anderen brieflichen Stellungnahme von Johannes Albers zu entnehmen ist, es war „vor allem . . . die erste persönliche Fühlungnahme der politischen Kräfte aus dem Westen, Norden und Süden des Reiches, die als wertvollstes Ergebnis dieser Tage hervorgehoben zu werden verdient“¹⁵⁰. Es ging also den Vertretern des christlichen Sozialismus auf dieser Tagung in erster Linie darum, einen Konsens zu finden. Daß man sich bei dessen Formulierung in der wirtschafts- und sozialpolitischen EntschlieÙung über den „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ auf den Berliner Gründungsaufruf einigte bzw. sich stark an ihn anlehnte, bedeutete aber nicht, daß die Berliner Vertreter auch wirtschafts- und sozialprogrammatisch die Godesberger Tagung bzw. EntschlieÙung bestimmt hätten. Denn erstens waren die Gegensätze zwischen „Ost und West“ relativ unbedeutend, zweitens waren die Vertreter aus der russischen Zone zahlenmäßig äußerst schwach vertreten. Wegen des Ausreiseverbots der Sowjetischen Militäradministration konnten nur drei Vertreter der russischen Zone anwesend sein.

Für die Einigung auf den Berliner Gründungsaufruf¹⁵¹ waren folgende Gründe maßgebend: Das Berliner Manifest stellte den größten gemeinsamen programmatischen Nenner dar. Die westlichen Gewerkschafter betonten – nicht zuletzt wegen ihrer engen Verbindung zu den Walberberger Dominikanern – wesentlich stärker als die Berliner Richtung die Bedarfsdeckung als Wirtschaftssystem und -prinzip und stellten überdies die sozialetischen und theologischen Grundlagen ihrer Grundsätze stärker heraus. Aufgrund der besonderen Situation Berlins und der Sowjetischen Besatzungszone war das Berliner Konzept – von den gesamtpolitischen und außenpolitischen Komponenten abgesehen – auch wirtschaftspolitisch wesentlich pragmatischer ausgerichtet¹⁵².

¹⁴⁹ In seiner Rezension von Schwerings „Frühgeschichte“ „Notwendige Anmerkungen“, in: Deutsches Monatsblatt, März 1964, hebt Otto Schmidt die Bedeutung der Walberberger Fassung der Kölner Leitsätze vom Juni 1945 hervor.

¹⁵⁰ BA, Kaiser, 164.

¹⁵¹ Vgl. den Berliner Gründungsaufruf vom Juni 1945, in: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, II. Band, 1. Teil, Berlin 1963, S. 27–30. – Zur Geschichte des Berliner Gründungsaufrufs, dem ein Entwurf von Jakob Kaiser zugrunde lag, vgl. Conze, Jakob Kaiser, S. 21.

¹⁵² Zu Jakob Kaisers Verhältnis zur katholischen Soziallehre und seinen Beziehungen zu Walberberg vgl. ebd., S. 37–41, S. 65. – Der Interpretation von Conze, daß Kaiser – trotz seiner Orientierung an der Walberberger Sozialtheorie – aufgrund seiner ausgeprägten demokratischen und gewerkschaftlichen Tradition die berufsständische bzw. ständestaatliche Ideologie der katholischen Soziallehre abgelehnt habe, liegt ein häufig anzutreffendes Mißverständnis der christlichen Sozialphilosophie zugrunde. Die berufsständische Ordnung versteht sich nicht als ein antidemokratisches ständestaatliches Prinzip (nach mittelalterlichem Vorbild), sondern als ein antietatistisches sozialphilosophisches Leitbild, das mit verschiedenen gesellschaftspolitischen Ordnungsformen vereinbar ist. Vgl. hierzu Oswald von Nell-Breuning, Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre, Düsseldorf

Auch bei den Frankfurter „Sozialisten aus christlicher Verantwortung“ – sie waren durch Walter Dirks und Eugen Kogon vertreten – fehlte das Bedarfsdeckungsprinzip als Element der Wirtschaftstheorie, auch eine theologische oder naturrechtliche Begründung war vom Frankfurter Kreis nicht angestrebt worden¹⁵³.

Die Tatsache, daß von den drei christlich-sozialistischen Programmen der CDU in Köln-Walberberg, Frankfurt und Berlin das Manifest der letzteren Gruppe die größten Gemeinsamkeiten aufzuweisen hatte¹⁵⁴, da es über die von allen christlichen Sozialisten vertretenen (gemeinwirtschaftlichen) Ordnungsgrundsätze hinaus nichts über die – nur von den rheinischen Sozialisten geteilten – sozialetischen und theologischen Zielsetzungen und Begründungen verlauten ließ, legt die Vermutung nahe, daß sich auch deshalb die Godesberger Reichstagung auf die weitgehend an den Berliner Gründungsauftritt angelehnten Formulierungen einigte. Träfe dies zu, dann könnte die Bad Godesberger Entschließung über den „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ weder als Anhaltspunkt für die – höchst unterschiedlichen – programmatischen Motive der Teilnehmer der Reichstagung bzw. des für die Entschließung ad hoc gebildeten und verantwortlichen „Sozialausschusses“¹⁵⁵ gelten, noch könnte in diesem Falle die

1972, S. 81 ff., 112 ff., 127 ff. Zu den organisch-leistungsgemeinschaftlichen Ideen im christlichen Sozialismus Kaisers vgl. Kaiser, *Der soziale Staat. Reden und Gedanken*, Berlin 1946, S. 12, 14, 16.

¹⁵³ Der „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ des Frankfurter Kreises um Walter Dirks und Eugen Kogon hatte keinen so nachhaltigen Einfluß auf die (hessische) CDU wie die christlich-sozialistischen Konzeptionen von Welty und Kaiser auf die CDU-Landesverbände in Nordrhein-Westfalen bzw. der Sowjetzone. Der Hauptgrund für den geringen und nur kurzweiligen Einfluß des Frankfurter christlichen Sozialismus auf die Partei lag in der Ablehnung des von den christlich-sozialistischen Gründungsmitgliedern vorgeschlagenen Vorsitzenden Karl-Heinrich Knappstein durch die amerikanische Besatzungsbehörde, die statt diesem den konservativen Jakob Husch zum hessischen Landesvorsitzenden bestimmte. So lief die hessische CDU von Anfang an in eine von ihren Gründern nicht gewünschte Richtung. Dirks und Kogon zogen sich daher schon recht früh von der CDU zurück, so daß das christlich-sozialistische Konzept der von ihnen im April 1946 gegründeten „Frankfurter Hefte“ bereits nicht mehr als repräsentativ für die CDU in Frankfurt und Hessen gelten kann. Zum christlich-sozialistischen Programm des Frankfurter Kreises vgl. Hans-Georg Wieck, *Christliche und freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945–1946*, Düsseldorf 1958, S. 36 ff. In der CDU der britischen und sowjetischen Besatzungszone fand das Frankfurter Konzept wegen seines Synthescharakters kaum Anhänger. Dirks glaubte, den „Marxismus der Frühschriften“ vom Christentum her legitimieren zu können. Uhl, *Christlicher Sozialismus*, S. 93.

¹⁵⁴ Es ist anzunehmen, daß wegen der kurzen Tagungsdauer eine völlige Neuformulierung gemeinsamer Grundsätze nicht möglich war, so daß man an Vorhandenes anknüpfen mußte.

¹⁵⁵ Der Bad Godesberger „Sozialausschuß“ ist demnach – wie Focke (*Christlicher Sozialismus*, S. 221) gegenüber Schulz (*Die CDU*, S. 57) richtigstellt – nicht identisch mit den „Sozialausschüssen“, d. h. der Arbeitnehmerorganisation der CDU/CSU, die erst kurz nach der Bad Godesberger Reichstagung gegründet wurde. Unhaltbar ist dagegen Fockes These, daß damit auch der Nachweis erbracht sei, daß die Gewerkschafter als Verfasser der Entschließung über den „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ nicht in Frage kommen. Wer aber – wenn nicht die christlichen Gewerkschafter – sollte dann die Resolution verfaßt haben? Da die einzigen Vertreter Berlins, Peters, Noack und Krone, nicht als christliche Sozialisten an-

Art und Weise des Zustandekommens des Entschließungsantrages als Beleg für die sich abzeichnende programmatische Prädominanz der Berliner Gruppe herangezogen werden. Die Unhaltbarkeit solcher Annahmen, die schon durch die Briefe von Albers dokumentiert wird, zeigt darüber hinaus aber auch der Bericht des Gewerkschafters Dr. Zimmermann über die Reichstagung der CDU in Bad Godesberg. Zimmermann, der seinerzeit Generalsekretär der rheinischen Landespartei war und der zu den theoretisch versiertesten Vertretern des linken Flügels zählte, schreibt in seinen Erläuterungen der Wirtschafts- und Sozialentschließung von Bad Godesberg: „Das Entscheidende (ist), daß all diese Elemente (in der Resolution über die gesellschaftspolitische Neuordnung, d. V.) der Freiheit, Freiwilligkeit und Selbständigkeit des privaten Eigentums und der privaten Initiative . . . in Zukunft nicht mehr für sich selbst bestehen“ können. „Eine den gegenwärtigen Notwendigkeiten des deutschen Volkes entsprechende Wirtschafts- und Sozialordnung bedarf der Lenkung und planvollen Zusammenführung aller wirtschaftlichen und sozialen Kräfte zu dem einen Ziel der Bedarfsdeckung des Volkes¹⁵⁶.“ Schließlich modifizierte der Gewerkschafter die Godesberger Entschließung für die rheinische CDU noch in einem zweiten Punkt: Die Klärung des „Wesens und der Ziele“ dessen, was die „Godesberger Tagung ‚Sozialismus aus christlicher Verantwortung‘ genannt hat“, findet man bei „niemandem besser . . . als bei Pius XII.“. Aus der Ansprache des Papstes an die Delegierten der italienischen christlichen Arbeitervereine vom 11. März 1945 zitiert Zimmermann jene Passage, die die Forderung der Enzyklika *Quadragesimo anno* von 1931 nach Errichtung einer berufsständischen Ordnung erneuert und die diese als die Grundlage für die Sozialisierung und Demokratisierung der Wirtschaft unterstreicht¹⁵⁷. Die Hinweise der Gewerkschafter auf die päpstliche Soziallehre als Quelle der christlichen Sozialreform und die Bedarfsdeckung als deren oberstes Ziel sind nichts anderes als ein Nachtrag zur Bad Godesberger Resolution, von dem offenbar die Akzeptierung der Leitsätze der Reichstagung über den „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ durch die nordrhein-westfälischen Gewerkschafter abhing. Damit bestätigt sich aber nicht nur, daß die christlichen Sozialisten der Westzonen ihren sozialprogrammativen Beitrag in Bad Godesberg im Dezember 1945, sondern auch für die kommenden Monate (Zimmermanns Schrift erschien im Jahre 1946) im Sinne des sozialetisch und theologisch fundierten christlichen Sozialismus der Walberberger Dominikaner akzentuiert wissen wollten.

Die Bad Godesberger Tagung war wohl das bedeutendste überregionale Forum, das der christliche Sozialismus im Jahre 1945 hatte. Zwar war Berlin nur vertreten durch

gesehen werden können, die (immerhin mögliche) Autorenschaft von Kogon und Dirks aus Frankfurt aber auch von Focke ausgeschlossen wird, kämen nur die „Bürgerlichen unter der Führung von Konrad Adenauer“ als Autoren in Frage.

¹⁵⁶ Zimmermann, Erste Reichstagung, S. 8.

¹⁵⁷ Ebd., S. 8 f. – Vgl. Zimmermanns Zitat mit: Pius XII., Ansprache an die Delegierten der italienischen christlichen Arbeitervereine vom 11. März 1945, in: Bundesvorstand der KAB (Hrsg.), *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente mit einer Einführung von Oswald von Nell-Breuning*, S. J., Köln 1975, S. 183–189, S. 188.

Hans Peters, Heinrich Krone und Ulrich Noack, die alle schon vor dem Ausreiseverbot für die Berliner Spitzenpolitiker durch die russische Besatzungsmacht im Westen weilten, aber dafür kamen mit Johannes Albers und Karl Arnold aus dem Rheinland und Walter Dirks und Eugen Kogon aus Frankfurt führende westliche Vertreter eines christlichen Sozialismus bzw. eines Sozialismus aus christlicher Verantwortung zusammen. Die sozialistische Entschließung wurde offenbar weder durch die Anwesenheit der Evangelischen, unter ihnen auch Otto Schmidt, noch durch Konrad Adenauer zu verhindern versucht. Adenauer nahm erstmals nach der Aufhebung seines politischen Betätigungsverbots an einer CDU-Veranstaltung teil – jedoch nur als „stiller Zuhörer“¹⁵⁸.

Die Gründung der Sozialausschüsse

Die Idee zur Gründung von Sozialausschüssen innerhalb der CDU kam von Adam Stegerwald, der bei seinem zweiten Besuch in Walberberg den Gewerkschaftern empfahl, die früheren Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und Arbeitervereine in einer eigenen Organisation der Partei zusammenzufassen. Aufzeichnungen dieser Tagung – sofern überhaupt welche gemacht wurden – scheinen nicht mehr vorhanden zu sein, so daß das genaue Datum nicht mehr zu eruieren ist; doch können die Intentionen dieser Walberberger Sitzung und der weiteren Maßnahmen zur Gründung der Arbeiterorganisation innerhalb der CDP aufgrund anderer Dokumente zuverlässig nachgezeichnet werden.

Das erste Dokument, sozusagen die Gründungsurkunde der Sozialausschüsse, ist deren erstes Rundschreiben aus der Feder von Johannes Albers (und Bernhard Deutz) vom 14. Dezember 1945, der die Sammlung und damit die Gründung zunächst praktisch alleine vollzog. Die gleiche Grundlage, die die Gründung der CDP bestimmte, sollte auch den Grundstock für die Arbeitnehmerorganisation in der Partei bilden: der christliche Sozialismus und die Erfahrungen aus der Widerstandsbewegung. Der Entschluß, die Arbeitnehmer innerhalb der Partei in einer eigenen Organisation zusammenzufassen, war vor allem dadurch bedingt, daß die ehemaligen christlichen Gewerkschafter nach der Zerschlagung ihrer Organisation durch die Nationalsozialisten nach dem Willen ihrer ehemals führenden Persönlichkeiten die alte Organisation genauso wenig wie das Zentrum wieder aufleben lassen wollten und sich mit den anderen (sozialdemokratischen) Gewerkschaftern in der Einheitsgewerkschaft zusammengeschlossen hatten. Da diese aber ebenso wenig wie die interkonfessionelle CDP die Nachfolgeorganisation der christlichen Gewerkschaft sein sollte und konnte, war die christlich-demokratische Arbeiterschaft „heimatlos“ geworden. Um der „Zersplitterung der christlichen Volkskräfte – gerade im katholischen Raum –“ und eventuellen „Sonderbündeleien“ vorzubeugen, wollte man eine „gemeinsame politische Plattform“ bilden.

Die Besorgnis, die CDU/CDP könne nach rechts abgleiten, war – trotz der zahlreichen Mahnungen aus den Kreisen der Linkskatholiken bei den christlichen Gewerk-

¹⁵⁸ Schwering, Frühgeschichte, S. 166.

schaftern – auch im Dezember 1945 noch nicht groß. Die primäre Aufgabe der Sozialausschüsse war zunächst eindeutig präventiv¹⁵⁹: In dem ersten Rundschreiben faßt Albers die Intentionen für die Sammlung der sozialfortschrittlichen Christdemokraten in einer Sonderorganisation der Partei zusammen: „Mittlerweile ist eine Klärung der Lage insoweit eingetreten, als die Perspektiven und Richtpunkte zu erkennen sind, auf die die Entwicklung hinsteuert. Die Beeinflussung der kommenden Entwicklung wird mit fortschreitender Konsolidierung dringender, und unser Bestreben muß sein, unsere Auffassung über Wirtschaft und Politik zur Geltung zu bringen. Die Instrumente, deren wir uns zu diesem Zweck zu bedienen gewohnt waren, sind nicht mehr vorhanden. . . . Ein vollständig Neues ist an deren Stelle getreten bzw. in der Neubildung begriffen. Es bedarf daher dieses neue Werden unserer angestrengtesten Aufmerksamkeit und Mitarbeit, wenn wir nicht wollen, daß unerwünschte oder schädliche Tendenzen die Oberhand gewinnen“. „Wenn wir das beste für unser Volk, vor allen Dingen auch für die Arbeiterschaft wollen, haben wir unsere gesamte Kraft dort einzusetzen, wo es am zweckmäßigsten ist. . . : in der *Christlich-Demokratischen Partei*, . . . Christliche Volkskräfte sind stärkstens im westlichen Raume unseres Vaterlandes wirksam und lebendig. Das bedeutet Aufgabe und Verpflichtung¹⁶⁰.“

Der vorbeugende und offensive Charakter der Zusammenfassung der christlich-sozialen Kräfte wird vor allem deutlich durch den Hinweis Albers', daß er sich über die parteipolitische und gewerkschaftliche Lage zunächst einmal „einen allgemeinen Überblick verschaffen“ wolle, damit die „Arbeit Plan und Ziel“ behalte. Albers betonte, daß die Sammlung der christlich-sozialistischen Kräfte innerhalb der CDU eine von Stegerwald in Walberberg „aufgetragene Mission“ sei, „nämlich alle Kraft einzusetzen für den geschlossenen Einsatz unserer politischen Freunde zum Aufbau eines neuen, besseren, christlichen und sozialistischen Deutschlands“.

Seinem zweiten Rundschreiben vom 12. Januar 1946 fügte Albers ein Verzeichnis der „früheren Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre und ihre(r) Mitarbeiter“ bei. Von den 182 Personen stammten 159 aus der britischen Zone, davon alleine 76 aus dem Großraum Köln. Albers bekräftigte noch einmal die christlich-sozialistische Zielsetzung der neuen Vereinigung: „Die Arbeiterschaft hat mit der Jugend den Charakter und die Politik der CDU zu bestimmen in der Hand. Beide haben darüber zu wachen, daß die CDU eine von gesundem Fortschrittswillen getragene Politik verfolgt und daß vor allem das soziale Moment – gesteigert bis zur Forderung des christlichen Sozialismus – die treibende Kraft in der Partei bleibt. In der Konkurrenz mit dem Sozialismus anderer Parteien kann sich christlicher Sozialismus immer darauf berufen, daß er erwächst aus der religiösen Gewissensbindung auf Grund des Gebotes der Nächstenliebe, also in seiner Wurzel tiefer reicht als die Gedankengebäude ökonomischer oder philosophischer Art. Um das in der richtigen Weise herauszuarbeiten, ist die Schulung unserer Menschen unerläßlich¹⁶¹.“

¹⁵⁹ Vgl. auch Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 19 ff.

¹⁶⁰ Rundbrief von Albers vom 14. Dezember 1945, HStAD – RWN 26.

¹⁶¹ Rundbrief von Albers und Deutz vom 12. 1. 1946, BA, Kaiser, 164.

Die erste Schulungswoche begann am 3. Februar 1946 im Kloster Walberberg, das für die nächsten Monate und Jahre die Tagungsstätte für die Bildungsarbeit der Arbeitnehmerorganisation der CDU werden sollte. Auch hier zeigt sich wieder die räumliche und geistige Verbindung zwischen den Dominikanern und den Gewerkschaftern. Die ersten beiden Tage des ersten Wochenkurses in Walberberg standen im Zeichen der Vorträge von Pater Welty. Die Themen waren: „1. Der Mensch und sein Verhältnis zur Gemeinschaft; 2. Vom Sinn und Wert der menschlichen Arbeit¹⁶²; 3. Privatbesitz oder Gemeinbesitz?“. Weitere Dozenten waren u. a. Dr. Karl Zimmermann mit den Vorträgen „Christentum und Politik“ und „Christliche Demokratie“ sowie Johannes Albers, der mit dem Thema „Was wird von uns erwartet?“ die erste Schulungswoche beschloß¹⁶³. Von ihm stammte der von den meisten Teilnehmern akzeptierte Vorschlag, die neue Organisation, die „nur im Rahmen der CDU und in der Form von Ausschüssen innerhalb der Union erfolgen“ sollte, „Christliches Werkvolk“ zu nennen¹⁶⁴. Die erste Zusammenkunft „ehemaliger christlicher Gewerkschaftssekretäre und katholischer und evangelischer Arbeitersekretäre“ fand „Mitte Januar 1946 in Düsseldorf“ statt, wobei neben den Rheinländern auch die Westfalen anwesend waren. Auf dieser Gründungsversammlung wurde von den Mitgliedern der konfessionellen Arbeitervereine der Namensvorschlag von Albers („Christliches Werkvolk“) abgelehnt, so daß man sich (wahrscheinlich schon auf dieser Tagung) auf die Bezeichnung „Sozialausschüsse“ einigte. Widerstände gegen die neue Vereinigung erfolgten nicht nur von außen (vor allem von den konfessionellen Arbeitervereinen), sondern ebenso stark auch aus den Reihen der CDU¹⁶⁵. Ähnlich wie die Partei entwickelten sich auch die Sozialausschüsse allmählich durch Zusammenschlüsse zu immer größeren Einheiten. Dem bezirklichen Zusammenschluß in Düsseldorf im Januar 1946 folgte die Gründung der Sozialausschüsse der CDU von Nordrhein am 8./9. November 1946. Die erste Tagung der Sozialausschüsse der britischen Zone war am 21./22. Februar 1947, die erste Reichstagung der „gesamtdutschen Sozialausschüsse der CDU/CSU“ fand vom 28. bis 30. November 1947 – wie auch die beiden vorangegangenen Treffen – in Herne in Westfalen statt.

Jakob Kaiser wird Parteiführer in Berlin

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland verschärfte nach der Bad Godesberger Tagung ihre repressive Haltung gegenüber der Berliner Parteiführung der CDU und zwang schließlich Andreas Hermes zum Rücktritt. An seiner Stelle über-

¹⁶² Die gleichnamige Schrift Eberhard Weltys, Vom Sinn und Wert der menschlichen Arbeit. Aus der Gedankenwelt des hl. Thomas von Aquin, Heidelberg 1946, ist eine bedeutende Ergänzung zu den Programmschriften „Was nun?“ und „Die Entscheidung in die Zukunft“.

¹⁶³ Rundbrief von Albers und Deutz vom 12. 1. 1946, BA, Kaiser, 164.

¹⁶⁴ Zimmermann, Neues Wollen, neue Ordnung. Bericht über die Tagung der Sozialausschüsse der CDU Nordrhein-Westfalen in Herne i. W. am 8./9. November 1946 (Gummersbach 1947), S. 3.

¹⁶⁵ Ebd., S. 3 f.

nahm Jakob Kaiser die Führung. Kaiser war nach dem Tode Stegerwalds am 3. Dezember 1945 die unbestritten fähigste und bedeutendste Persönlichkeit aus dem Kreis der ehemaligen christlichen Gewerkschafter. Sein Rat und seine Hilfe wurden immer wieder von seinen Freunden in den Westzonen erbeten. Aber deren Bitten nach einem Besuch zur Klärung der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Fragen konnte er wegen der besonderen Situation Berlins und seiner dortigen exponierten Stellung nicht Folge leisten.

Im Westen wurde Kaisers Wahl zum Vorsitzenden in den Gewerkschaftskreisen als ein wichtiger Antrieb für die Gewerkschafts- und Parteiarbeit angesehen. Kaiser erwog anfangs ebenfalls die Gründung einer großen linken „Volks- und Arbeiterpartei“ ähnlich der britischen Labour-Party, doch ließ er von diesem Plan ab, als er sah, daß in der Sowjetzone die beiden sozialistischen Parteien SPD und KPD sehr eng auf der Grundlage des Marxismus zusammenarbeiteten¹⁶⁶. Kaiser und seinen Vorgänger Hermes verband die Tradition des Essener Programms von 1920 und die Arbeit im Widerstandskreis von P. Siemer. Unter Hermes' Führung, der von mittelständischen Ideen geprägt war, vertrat die Berliner Union allerdings stärker eine Mittelstandspolitik, die ihren Ausdruck fand in der blassen Losung „Pflege christlicher Gesinnung und Gesittung“¹⁶⁷. Nach der Wahl Kaisers zum Parteivorsitzenden machte die Berliner Union einen deutlichen Schritt nach links, indem sie sich entschieden für den „christlichen Sozialismus“ aussprach. Zur Verwendung dieses Begriffs wurde Kaiser offensichtlich durch die Reden seiner Freunde, Johannes Albers und Karl Arnold, und durch die Bad Godesberger Tagung animiert¹⁶⁸.

Inhaltlich unterschied sich Kaisers Konzept des christlichen Sozialismus jedoch von den an der Sozialtheorie der Dominikaner orientierten Gewerkschaftern des Westens durch die außen- und gesamtpolitischen Implikationen, so daß Kaisers Programm schon von daher nicht einfach auf die Situation der anderen Besatzungszonen übertragen werden konnte, obwohl dies später öfter getan wurde. Dafür war Kaisers Konzept zu stark geprägt von der politisch-gesellschaftlichen Situation Berlins und der sowjetischen Besatzungszone, in der der Protestantismus, der Liberalismus und der

¹⁶⁶ Conze, Jakob Kaiser, S. 15f.

¹⁶⁷ Uhl, Christlicher Sozialismus, S. 132.

¹⁶⁸ Vgl. die Rede Kaisers vom 31. März 1946, BA, Kaiser 57. Vgl. auch Conze, Jakob Kaiser, S. 40f. – Jakob Kaisers Christlicher Sozialismus erweist sich als eine Synthese von christlich-sozialen Grundsätzen, die weitgehend von der Walberberger Schule beeinflusst sind (Conze, Jakob Kaiser, S. 65) und einem auf die politische Situation Berlins und der Sowjetzone zugeschnittenen, von seinem Geschichtsverständnis erhärteten, deutschlandpolitischen Konzept. In wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht zogen die christlichen Sozialisten in der sowjetischen und der britischen Besatzungszone nicht nur am selben Strang, sondern sie schöpften weitgehend auch aus denselben Quellen. Vgl. hierzu die Rede Jakob Kaisers „Die staatspolitische Sendung der deutschen Arbeiterschaft“ vom November 1947, in der Kaiser u. a. zur „östlichen und westlichen Demokratie“ ausführte: „Wir haben ebenso im Ahlener Programm unserer Freunde im Westen wie in der Konzeption eines Sozialismus aus christlicher Verantwortung unserer Freunde in Berlin und der Ostzone – in zwei innerlich nahezu gleichlaufenden Systemen – die Wege dazu gewiesen . . .“. BA, Kaiser, 121.

Marxismus eine weitaus größere Tradition hatten als in den überwiegend katholischen Gegenden des Rheinlands und Westfalens. Entsprechend betonte Kaiser – wie auch schon in dem von ihm mitformulierten Berliner Gründungsaufwurf – weniger stark die theologisch-ethischen Grundlagen seines sozialpolitischen Konzepts (ohne daß allerdings die Theologie und die christliche Sozialethik für ihn bedeutungslos gewesen wären), und er hob entsprechend stärker die pragmatisch-politische Komponente seiner Grundsätze hervor. Mit diesem christlichen Sozialismus glaubte und hoffte Kaiser, die marxistisch-sozialistischen Bestrebungen der beiden großen Linksparteien SPD und KPD aufhalten und zurückdrängen zu können.

Kaisers christlich-soziales Ordnungsbild war eingebettet in seine politische Gesamtstrategie, in der der außenpolitische Aspekt eine hervorragende Rolle spielte. Dadurch war sein Programm ebenso originell wie umstritten. Während die Dominikaner und die westlichen Gewerkschafter (vor allem Johannes Albers) die Notwendigkeit des christlichen Sozialismus aus ihrer (die theoretische Komponente betonenden) Überzeugung herleiteten, daß der Liberalismus und der marxistische Sozialismus als Systeme versagt hätten und deshalb eine Neuordnung nur auf der Grundlage der Sozialtradition des unbelasteten Christentums erfolgen dürfe¹⁶⁹, begründete Kaiser seine Gesellschaftsanalyse eher politisch-geschichtlich: Die bürgerliche Gesellschaft habe versagt, die „alte bürgerliche Gesellschaftsordnung (sei) überlebt“¹⁷⁰. So wie der bürgerlichen Gesellschaft bzw. Ordnung mit der Französischen Revolution der Durchbruch gelungen sei, so sei mit dem Ende des Krieges das Zeitalter der Massen des werktätigen Volkes angebrochen. Die Arbeiter seien die bestimmenden Faktoren des Lebens der Nation. Was sich in Rußland vollzogen habe, das vom Willen des werktätigen Volkes geformt sei, stehe nun auch dem Westen bevor: England stehe unter Führung der Arbeiterpartei, und auch Frankreich ringe um seine soziale Neugestaltung. Kaiser sah daher Deutschland, das geographische Zentrum Europas, vor der großen Aufgabe, „im Ringen der europäischen Nationen die Synthese zwischen östlichen und westlichen Ideen zu finden. Wir haben Brücke zu sein zwischen Ost und West, zugleich aber versuchen wir unseren eigenen Weg zu gehen zu neuer sozialer Gestaltung“¹⁷¹.

Synthese ist die bestimmende Idee des Kaiserschen Sozialismus, in dem er die christliche Sozialtheorie mit seinem Geschichtsbild und der aktuellen politischen Situation in Übereinstimmung zu bringen versuchte: „Synthese ist die beherrschende Losung, der Sinn unserer Zeit, Synthese von Persönlichkeit und Gemeinschaft im Leben unseres Volkes, Synthese von Ost und West im Leben Europas. Darin sehe ich die deutsche Aufgabe. Im Geiste der Synthese gilt es auch, den Ausgleich zwischen Eigenstaatlich-

¹⁶⁹ Vgl. hierzu insbesondere Welty, Die Entscheidung, S. 5 ff. Die Bedeutung von Weltys Programmschrift „Die Entscheidung in die Zukunft“ für die Frühzeit der CDU unterstreicht noch das erste Jahrbuch der CDU/CSU aus dem Jahre 1950, dessen erster Abschnitt überschrieben ist: „Entscheidung in die Zukunft“ (S. 11). Außerdem ist Weltys Schrift in der Bibliographie des Jahrbuchs enthalten, in die nur die Veröffentlichungen aufgenommen worden sind, die Dörpinghaus/Witt „für die Erkenntnis der Zeitprobleme aus den Perspektiven der Union bedeutungsvoll“ erscheinen (S. 270).

¹⁷⁰ Kaiser, Der soziale Staat, S. 6.

¹⁷¹ Ebd., S. 8.

keit deutscher Landschaften und der ungeschmälerten Einheit unserer Nation zu finden“¹⁷². Synthese verstand der Gewerkschafter im Sinne der Dialektik, wobei der christliche Sozialismus als die übergreifende Einheit von Liberalismus und marxistischem Sozialismus fungieren sollte. Gleichzeitig bedeutete Synthese aber auch das Zusammenfügen von christlich-sozialen Ideen und Erfahrungen und Grundsätzen der gesamten, also der christlich-sozialistischen und marxistisch-sozialistischen Arbeiterbewegung¹⁷³. Aus der christlichen Sozialtradition heraus übernahm Kaiser die Grundsätze des Personalismus, der Subsidiarität und der Solidarität: Danach war das Gesellschaftsleben bestimmt von dem Spannungsverhältnis von Individuum und Gemeinschaft, die im Gemeinwohl zusammenwirken. Alle Klassen und Berufe sollten entsprechend der Idee der organischen, der leistungsgemeinschaftlichen bzw. berufsständischen Ordnung im Gemeinschaftsganzen verhaftet sein. Von daher lehnte Kaiser die entscheidende Grundthese des Marxismus, den Klassenkampf und die Forderung nach einer Überwindung der Klassengegensätze durch Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft nach dem Vorbild des Marxismus-Leninismus, entschieden ab¹⁷⁴. Kaiser anerkannte aber Marx als den politischen Motor der Arbeiterbewegung, als der er nicht wegzudenken sei. Marx habe den Boden für eine sozialistische (Neu-)Ordnung, gleich welcher Richtung, vorbereitet. Deshalb sei das Kommunistische Manifest „eine geniale Leistung“ gewesen. Aber es habe seinen Dienst getan. Eine neue Situation sei da. Sie sei das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung und der neuen furchtbaren Not. „Jetzt muß der zweite Teil des kommunistischen Manifestes geschrieben werden: das Programm für die Gestaltung einer im wesentlichen bereits klassenlosen Gesellschaft . . . Hieß die soziale Frage des letzten Jahrhunderts: ‚Erhebung der proletarischen Massen zu Vollbürgern‘, so heißt die soziale Frage des 20. Jahrhunderts: ‚Gliederung der Massen‘“¹⁷⁵. „Marx’ Lehren seien „zum politischen und sozialen Glaubensbekenntnis eines großen Teiles des werktätigen Volkes“ geworden, dessen Zeitalter nach dem Ende der bürgerlichen Ordnung nun gekommen sei. Deshalb könne die Union auch keine bürgerliche Partei sein, sondern die Heimat des werktätigen Volkes. Der Sozialismus der Union fließe aus der Erkenntnis, daß der gänzlich neuen Lage (sie entspreche bei weitem nicht mehr den gesellschaftlichen Verhältnissen, die Marx einst vorgefunden habe) mit „neuen Methoden der Sozial- und Wirtschaftspolitik“ begegnet werden müsse. Diese waren für Kaiser die Grundsätze der christlich-sozialen Bewegung. Die Neuordnung in ihrem Sinne schloß allerdings die Übernahme der positiven Werte der bürgerlichen Kultur ein¹⁷⁶.

Kaisers Konzept zeigte allerdings eine wesentliche Fehlanalyse, die auch in den Überlegungen der übrigen christlichen Sozialisten enthalten war und die zu einer folgen-

¹⁷² Ebd., S. 17.

¹⁷³ Rede Jakob Kaisers auf dem Burgplatz in Essen am 31. März 1946, BA, Kaiser, 57.

¹⁷⁴ Zu Kaisers organismischem Ordnungsverständnis als Gegensatz zur marxistischen Gesellschaftsordnung vgl. Kaiser, Der soziale Staat, S. 3 ff., 10, 11, 14, 16.

¹⁷⁵ Kaiser, Entwurf für die Rede „Christlicher Sozialismus“ vom 6. Februar 1946, BA, Kaiser, 88.

¹⁷⁶ Vgl. Kaiser, Der soziale Staat, S. 8 ff.

schweren (Fehl-)Prognose führte. Symptomatisch dafür in Kaisers Programm war die Nichtberücksichtigung der bedeutendsten politischen und wirtschaftlichen Macht nach dem Zweiten Weltkrieg und des bedeutendsten liberalen Staates der Welt: der Vereinigten Staaten von Amerika. Ihr möglicher, ja z. T. schon wirklicher liberaler Einfluß auf das besetzte Deutschland schien von den christlichen Sozialisten ebenso verdrängt worden zu sein wie die möglichen und wahrscheinlichen Einflüsse liberaler Gruppen im Inland. Dabei hatte sich das Wiederaufkeimen des liberal-konservativen Gedankengutes schon innerhalb der CDP abgezeichnet (trotz der „Programmlosigkeit“ des christlichen Realismus), wobei vor allem das Neu-Zentrum und die Linksparteien die CDP mit solchen Überlegungen immer wieder konfrontierten, wenn sie z. B. behaupteten, daß „die Union das Sammelbecken der politischen und sozialen Reaktion“ sei. Für Albers und die übrigen Gewerkschafter hatte aber die CDU mit Kaisers Wahl zum Berliner Parteivorsitzenden den Beweis angetreten, „daß die Arbeiterschaft in der CDU nicht nur Heimat hat, sondern auch maßgeblicher Faktor ist“¹⁷⁷.

Das Echo auf Kaisers erste große Programmrede vom 13. Februar 1946 war denn auch im Westen für Kaiser äußerst positiv. Albers und Deutz schrieben wenig später ihrem Berliner Kollegen, daß sie ihm im „Kampf um die ‚Erhaltung der Einheit des Reiches‘ und um den ‚sozialen Gehalt der Partei‘“, insbesondere zum Inhalt des Begriffs „christlicher Sozialismus“ zustimmten. Diese ihre Meinung werde auch in Walberberg geteilt, wo sie es unternähmen, mit den Dominikanern den Begriff weiterzuentwickeln¹⁷⁸, so daß „jetzt in diesem Punkte Klarheit geschaffen“ werde. Kaiser solle ihre „Stellungnahme“ (gemeint war das Manuskript „Christlicher Sozialismus“ von Eberhard Welty) abwarten. Der Gewerkschafter Franz Wiegert sandte Kaiser den Artikel wenige Wochen später zu. Im Begleitschreiben hieß es: „Kurz vor meiner Abreise von Köln . . . hatte ich mit Albers bei Dr. Welty noch eine eingehende Aussprache. Anliegend der Artikel, der zunächst noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist . . .“ Und Wiegert schloß: „Deine Grundgedanken über den Christlichen Sozialismus und über die Ablösung des Bürgertums durch das schaffende Volk sind in mir schon seit langem stark verankert“¹⁷⁹.

¹⁷⁷ Brief von Johannes Albers/B. Deutz an Kaiser vom 25. Februar 1946, BA, Kaiser, 164.

¹⁷⁸ Ebd.; vgl. auch Conze, Jakob Kaiser, S. 68.

¹⁷⁹ Brief von Franz Wiegert an Kaiser vom 4. Mai 1946, BA, Kaiser, 96.